

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Lendplatz – Gesamtverkehrskonzept anstelle von Einzelmaßnahmen

GR. **Haberler**, MBA und GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Haberler**: Geschätzte Zuhörer, Herr Stadtrat, der den Vorsitz hat, liebe Kollegen! Es geht um den dringlichen Antrag. Der Grund für den dringlichen Antrag ist einfach die Verkehrssituation rund um den Lendplatz. Wir haben da in den Medien erfahren über die Rechtsabbiegemöglichkeiten, die da durchgekaut werden an der Nordbrücke usw. und dieser Lendplatz ist ein zentraler Knotenpunkt bei einer Durchwegung der Stadt, sowohl von Nord nach Süd als auch von Ost nach West und umgekehrt. Durch das zunehmende Verkehrsaufkommen waren der Lendplatz sowie das umgebende Gebiet und die betroffenen Straßen in den vergangenen Jahren schon mehrmals Gegenstand zahlreicher Anträge des Bezirksrates, Planungen und Untersuchungen der zuständigen Verkehrsreferenten und auch Ämter. Des Weiteren gibt es auch Bürgerinitiativen, die sich da sehr stark damit beschäftigt und direkt Betroffene, die man auch anhören sollte und es hat eine Platzgestaltung vor Jahren gegeben, die sehr erfolgreich war. Durch dieses Linksabbiegeverbot von der Keplerbrücke auf der Südrampe ist diese quasi Nordrampe dann einmal ins Gespräch gekommen.

Die betroffenen Bürger haben nun berichtet, dass die zuletzt angeführte Rechtsabbiegemöglichkeit, welche vom zuständigen Verkehrsreferenten da in Planung ist oder wie auch immer, ihre Bedenken geäußert. Es geht nämlich um deren Erreichbarkeit der Wohnungen. Wenn sie die Wohnungen rechts die Zufahrt über die Brücke nur rechts haben, über die Nordrampe gibt es einen enormen Umweg über die Kalvarienberg- und Tegetthofbrücke müssten sie in Kauf nehmen, um überhaupt zu den Wohnungen kommen zu können. Das sind 150 Familien, ganz zu schweigen von den zahlreichen Parkplätzen, die da fallen würden, weil man natürlich nicht um die Kurve kommen würde.

Deswegen stelle ich den

dringlichen Antrag:

seitens des ÖVP-Gemeinderatsclubs:

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen, dass der Verkehrsstadtrat Mario Eustacchio beauftragt werde, mit den Mitgliedern des Verkehrsausschusses, Experten der Verkehrsplanung, den Bezirksräten von Lend, Innere Stadt und Geidorf sowie der Bürgerinitiative Lendkai, die betroffenen Anrainer sind das, einen „Runden Tisch“ zu organisieren, um Lösungsvorschläge für ein Gesamtverkehrskonzept für den Lendplatz und die umliegenden Straßenzüge – anstelle von Einzelmaßnahmen – bis zur Gemeinderatssitzung im Juni des heurigen Jahres auszuarbeiten, um auf Basis dieses Prozesses eine Umsetzungsentscheidung getroffen werden kann. Ich bitte um Annahme.

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Fragesteller oder Antragsteller! Ihr habt in der letzten Fragestunde anscheinend nicht aufgepasst. Kollege Dreisiebner hat ja, an den Verkehrsstadtrat die Frage bereits beantwortet. Kurz und bündig, ja alle Varianten werden durch das Amt geprüft, der Antrag und der Runde Tisch sind obsolet (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Roland Lohr! Dieser Antrag ist nicht obsolet, zum einen in der Fragestunde am 22. Jänner wurde vom Herrn Stadtrat auf meine Zusatzfrage, ob er in kürzerer Zeit, ich glaube, ich habe gefragt in zwei Woche, mit dem Bezirksrat Lend beziehungsweise

VertreterInnen der Bürgerinitiativen ein Gespräch suchen will, mit Nein geantwortet. Die Anfrage um ein solches Gespräch ist schon vor Weihnachten gestellt worden und Ende Jänner sagt der zuständige Verkehrsstadtrat, ich bin nicht bereit, mit den BezirkspolitikerInnen, die dort zuständig, sind und mit den BewohnerInnen, mit den AnwohnerInnen zu reden. Das stelle ich einfach einmal so hin. Das Zweite ist, es werden alle Varianten geprüft, das war die Antwort auf die Hauptfrage, sonderbarerweise steht am Sonntag in der Zeitung, in der Wochenzeitung „der Grazer“, dass die Möglichkeiten, die sonst noch ins Spiel gebracht worden sind, nämlich Linksabbiegen auf die Rampe in Richtung Süden beziehungsweise auch Prüfung Neubaugasse Linksabbiegen, natürlich unter Errichtung oder Ausbau einer Ampelanlage, dass das einfach nicht geht. Mir wurde was anderes oder uns allen wurde was anderes gesagt. Ich stelle das hier nur einmal eingangs so fest. Es ist sehr wichtig, dass diese Gesprächstermine jetzt mit diesem Antrag beauftragt werden und dafür bin ich dem Kollegen Haberler sehr dankbar. Ich bin auch sehr angetan vom Motivenbericht, möchte aber trotzdem noch erwähnen, dass es nicht nur darum geht, dass die Anwohner Umwegfahrten in Kauf nehmen müssten, sie müssten praktisch auch befürchten, dass es dort immer wieder zu Verkehrsstörungen kommt, weil die Haarnadel im Norden so eng ist, dass dort ziemlich alles hängen bleibt, was ein bisschen ungeschickt oder größer ist oder beides. Es gibt mehrere Gründe neben diesen jetzt erwähnten, hier eine größere und eine gesamtheitlichere Lösung mit allen vor Ort Beteiligten anzuschauen. Deswegen ja zu diesem Antrag, ja zur Dringlichkeit und nein zu dem, was der Roland Lohr meint (*Applaus Grüne*).

GR. Haberler: Die Dringlichkeit ist von unserer Seite, glaube ich, schon gegeben, denn es wird irgendwann langsam einmal Zeit, dass wir ein bisschen Schwung in die Grazer Verkehrspolitik bringen und deswegen glaube ich, dass das ganz gut ist, diesem dringlichen Antrag zuzustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

2) Kindererholungszuschüsse der Stadt Graz

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte ZuhörerInnen! Die Ferienaktionen, die durch die Stadt Graz unterstützt werden, werden, glaube ich, von allen hier sehr begrüßt. Das hat sich bei den vergangenen Sitzungen schon gezeigt. Für Kinder und Jugendliche, besonders aus Familien, die sich Urlaube nicht so leisten können, sind sie oft sehr wichtig, um mal rauszukommen, um mal abzuschalten von dem Alltag, der oft ja auch in einem sehr beengten Wohnraum stattfinden muss, und insbesondere in der Feinstaubstadt wie Graz wäre das aber auch wichtig, dass die Kinder auch im Winter mal rauskommen können und mal, im wahrsten Sinne des Wortes, durchatmen können. Dafür gibt es ja auch Ski- oder sonstige Wintersportaufenthalte, die von verschiedensten Anbietern angeboten werden. Leider ist es aber so, dass die Stadt Graz nur Sommeraufenthalte unterstützt bisher und den Eltern keine Wahlfreiheit lässt, die das aber oft vielleicht gerne hätten, also den Sommerurlaub, den kann man auch noch im Freibad verbringen oder irgendwie die Tage mit Camping oder sonst einem günstigen Urlaub machen. Im Winter ist das schon schwieriger, besonders bei den Preisen von den Schigebieten.

Deswegen wäre es schön, wenn die Stadt Graz den Eltern die Wahlfreiheit lässt, dass auch die Kinder und Jugendlichen im Winter diese Angebote wahrnehmen können. Und ich stelle deswegen im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht, die Kindererholungszuschüsse auch für Ferienaktionen außerhalb der Sommerferien zu gewähren und den AntragstellerInnen damit Entscheidungsfreiheit zuzubilligen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, werte Antragstellerin! Nicht böse sein, aber ein bisschen kommt mir diese Initiative so vor, wir bringen eine Initiative ein, nur damit wir eine Initiative einbringen (*Applaus FPÖ*). Ich meine, das Problem ist es halt wieder, dass dieser Antrag anscheinend nicht auf Daten, Fakten, Zahlen basiert, wahrscheinlich sind das Einzelfälle. An uns hat sich niemand gewandt, wir haben auch auf Nachfrage nicht eruieren können, dass dieses Bedürfnis tatsächlich besteht. Sollte es so sein, wenn Sie das auch belegen können, dass dieses Bedürfnis besteht, sind wir natürlich selbstverständlich auch dafür, werden wir uns auch für diese Dringlichkeit beziehungsweise dann für den Inhalt aussprechen, nur momentan tun wir uns da ein bisschen schwer, weil es gibt, was den Winter betrifft, ja eh vom Sportamt die Schi- und Snowboard-Kurse, die ja abgehalten werden, die unterstützt werden, wenn man um zwei Euro Selbstkostenbeitrag eben auch die Möglichkeit hat, auf die Schipiste zu kommen. Wir reden da von einer Woche Semesterferien, die das betreffen würde, im Gegensatz zu den neun Wochen Sommerferien, wo das ja auch tatsächlich einen Sinn hat, dass das stattfindet, dass man aus der Stadt herauskommt, auf der anderen Seite haben wir eben nur diese eine Woche Semesterferien. Ja, wie gesagt,

wir tun uns ein bisschen schwer, wieder einmal ein Antrag, der nicht auf Zahlen, Daten und Fakten basiert, wahrscheinlich von einem Einzelfall geschildert ist und es wäre schön, wenn Sie uns diese liefern könnten. Können Sie diese Zahlen und Fakten, Daten liefern, dann stimmen wir dem Inhalt zu (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Nicht generell zur Dringlichkeit, aber auf die Wortmeldung, Herr Sippel, ein bisschen kommt mir Ihre Wortmeldung schon so vor, als wäre sie nur dazu dagewesen, eine Wortmeldung zu machen (*Applaus KPÖ und Grüne*). Zahlen und Daten, ich meine, das ist auch ein Datenschutzgeschichte, es werden keine Daten erhoben von Leuten, die wo anfragen und denen gesagt wird, eine Förderung ist leider nicht möglich, auch werden die Zahlen nicht mitgeschrieben. Aber ganz ehrlich, wir haben und ich persönlich auch, haben Wichtigeres und anderes zu tun, als mir Anträge aus den Fingern zu saugen, die ich nicht für notwendig halte (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich habe gerade noch die Magistratsdirektion gebeten. Das Problem oder meine Frage an den Magistratsdirektor..., ich fühle mich doppelt herausgefordert als Finanzstadtrat und jetzt noch als Vorsitzender. So wie der Antrag dasteht, ist er nämlich, denke ich, mit zusätzlichen Kosten verbunden. Bitte um Aufklärung.

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Der Antrag ist nicht budgetwirksam und auch nicht finanzwirksam. Es gibt ein Etat im Jugendamt für Zuschüsse zur Kindererholung. Es geht hier darum, es gibt viele Institutionen, die Ferienaktionen anbieten. Für diese Eltern, die sich dort

anmelden, gibt es Zuschüsse und das ist im Budget fixiert bei der Frau Stadträtin Schröck. Es geht hier nur darum, dass es auch für Ferienaktionen, die angeboten werden, in den Osterferien und in den Weihnachtsferien und Semesterferien, dass die Eltern die Wahl haben, ob sie das im Sommer oder im Winter in Anspruch nehmen wollen. Momentan ist es so, dass es eben nur für die Sommerferienaktionen gültig ist. Also es ist budgetneutral, es gibt kein erweitertes Budget dafür (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das heißt, ich habe das aus dem Antrag auch nicht so leicht entnommen, aber gedacht ist beim Antrag, dass die Eltern die Wahlmöglichkeit haben den Zuschuss, der auch budgetiert ist, entweder Ostern, Weihnachten, wann auch immer oder im Sommer in Anspruch zu nehmen und nicht auf den Sommer konzentriert ist.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR.ⁱⁿ **Potzinger** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Stadtrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Antragstellerin! Ich bedanke mich für diesen Antrag, das ist ein familienfreundlicher Antrag, dass die Wahlfreiheit der Familien ausgeweitet wird. Ich erinnere, dass wir erst vor kurzem im Gemeinderat beschlossen haben, dass die Kindererholungsaktion auch für einwöchige Ferienaktivitäten gewährt werden kann, ursprünglich war es ja nur für mehrwöchige Angebote gedacht und somit ist es auch möglich, Osterferien, Semesterferien hier miteinzubeziehen. Wir haben das Thema schon ein paar Mal auf der Agenda gehabt und bei der Gelegenheit immer wieder auch eine Forderung erhoben, die ich jetzt in einem Zusatzantrag wiederholen möchte. Es geht darum, dass früher einmal die

Gebietskrankenkasse zu den Ferienerholungsaktionen dazugezahlt hat, weil die ja unleugbar gesundheitsförderlich sind für die Kinder. Im Übrigen sagt man, eine Woche Winterurlaub ist so wertvoll wie zwei Wochen im Sommer. Wenn die Kinder, gerade wenn im Winter die schlechte Luft ist in der Stadt, ein bisschen rauskommen an die frische Luft, Bewegung machen, mit Freunden Schönes erleben, ist das absolut gesundheitsförderlich und das damalige Argument der Gebietskrankenkasse, als sie diese Förderung eingestellt hat, sie seien in den roten Zahlen, fällt ja erfreulicherweise weg, wir hören, Gebietskrankenkasse bilanziert wieder positiv. Deshalb stelle ich zum dringlichen Antrag folgenden Zusatzantrag: Der Gemeinderat möge beschließen, die Verantwortungsträger der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse werden dringend ersucht, künftig gesundheitsförderliche Kindererholungsaufenthalte wieder finanziell zu unterstützen. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

StR. Dip-Ing. Dr. **Rüsch**: Also ob die Krankenkasse wieder positiv bilanziert, lassen wir einmal dahingestellt. Es geht um einen Zusatzantrag?

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Zusatzantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

3) Ticketsteuer

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrte KollegInnen! Es haben wahrscheinlich alle mitbekommen, dass im Zuge der Steuerreform auch die Umsatzsteuer auf Eintrittskarten erhöht werden soll voraussichtlich, sicher ist es in dem Bereich noch nicht. Deswegen könnte man hier die Chance noch nutzen, sich dagegen auszusprechen und ich bin der Meinung, dass besonders die Stadt Graz als Kulturhauptstadt sich hier in dem Bereich positionieren sollte. Denn es ist erwiesen eigentlich, dass diese Umsatzsteuererhöhung bei den Tickets nicht nur für viele Menschen das Leben schwerer macht, also nicht nur für die NutzerInnen von kulturellen Angeboten, sondern auch für Kulturinstitutionen, die ja dann vor der Wahl stehen, erhöhe ich die Eintrittspreise oder fange ich das selber ab, was aber für viele, die sowieso schon prekär arbeiten, nicht möglich ist. Also müssen sie wieder die Eintrittspreise erhöhen. Es kommen weniger Leute und man kommt in so eine Negativspirale rein. Außerdem ist eine Steuererhöhung in dem Bereich auch nicht sinnvoll, weil die meisten Kulturinstitutionen ja von Steuergeldern finanziert werden, das heißt, die würden dann ansuchen um mehr Förderungen, es müssten wieder die Steuerzahler zahlen.

Deswegen stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die Stadt Graz wird aufgrund der genannten Gründe ersucht, in einer Petition an Bundesregierung und Nationalrat darauf hinzuwirken, dass die Umsatzsteuer auf Eintrittskarten nicht erhöht wird (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Meine Damen und Herren, liebe Antragstellerin! Wir kennen alle die Diskussion, wir wissen, wie derzeit der Status rund um die Steuerreform ist, die Sozialpartner sitzen zusammen, wir wissen, dass die

Verhandlungsteams sich sehr oft treffen, die Verhandlungsgruppen tagen und sehr viele Überlegungen stehen zur Diskussion. Die Diskussion, die wir verfolgen, ist im Wesentlichen eine mediale, Stichwort Pressestunde, Stichwort Printmedien, ich zitiere beispielsweise eine Meldung des „Kurier“ schon vom November, der damals geschrieben hat: „Wir haben davon Wind bekommen, dass es sein könnte, dass auch...“ und dann kommen eben auch diese Punkte, Theater, Bücher etc., wir kennen das alle. Das „Format“ hat geschrieben vor vier Wochen, eventuell betroffene Wirtschaftszweige werden sich bereits vorsorglich mit diesen und jenen Argumenten, also wir bewegen uns hier in einem noch sehr unruhigen Wasser. Es ist meines Erachtens, und ich glaube, da werden mir vielleicht einige von Ihnen Recht geben, natürlich wichtig, dass man sich eine Meinung dazu bildet rund um diese Diskussion und dass man sich auch äußert, ich glaube nicht, dass ein dringlicher Antrag zum jetzigen Zeitpunkt ein Diskussionsbeitrag ist, der noch dazu zu einer Petition aufruft, also die Schlagkraft dieser Petitionen ist uns ja bekannt, ich glaube, dass dieser Diskussionsbeitrag einfach in Form der Dringlichkeit jetzt nicht sehr sinnvoll erscheint. Ich möchte ein Zitat aus den „Salzburger Nachrichten“, Sie werden sich nicht wundern, wenn ich Reinhold Mitterlehner zitiere, der gesagt hat: „Wir kommentieren momentan alle noch einmal etwas, was noch nicht einmal präsentiert ist“, die effektivste und sinnvollste Steuer zur Zeit wäre eine Steuer auf Falschmeldungen und wenn wir hören, was alles diskutiert wird, dann muss man schon sagen, ich glaube, es ist einfach nicht richtig, jetzt einen dringlichen Antrag ganz, ganz punktuell jetzt zu einem Bereich zu stellen und zu sagen, da kanalisieren wir jetzt unsere ganze Aufmerksamkeit darauf. Wir sollten schauen, was kommt denn da noch alles. Es ist sicher die Kultur und es sind Bücher und all diese Themen ein relativ wichtiges Thema, aber lassen wir uns nicht auf der Welle der medialen Diskussion missbrauchen dazu, in diesem Gemeinderat dringliche Anträge zu diesen Themen jetzt schon zu stellen. Wir werden der Dringlichkeit daher nicht zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Es ist mir wichtig, dass wir uns da zu Wort melden, weil falls die Dringlichkeit nicht durchgehen sollte, wir halten diesen Antrag für sehr sinnvoll. Es ist leider so, dass im Moment die Steuerrdiskussion über die Medien geführt wird, es ist aber leider so, dass es in der Steiermark vor allem gegenwärtig zu Kürzungen im Kulturbereich kommt durch die Landesregierung. Damit werden wir noch massiv konfrontiert werden und dass viele Kulturbetriebe ohnehin schon kämpfen und fürchten, wenn diese Steuererhöhung käme noch mehr kämpfen zu müssen. Deswegen haben sich ja sehr viele formiert, sehr viele in dieser Plattform unterschrieben, in der Petition unterschrieben und was ich auch interessant finde ist, also Stadträtin Rücker hat auch unterschrieben in der Petition, aber sehr interessant finde ich auch, das sagt viel über den aktuellen Steuerrdiskurs aus, dass auch der Stadtrat Mailath Pokorny gegen eine Erhöhung der Steuer ist, die aber gerade in seinem Team, sprich Rot/Schwarz verhandelt wird. Also von dem her, auch hier gilt, wehret den Anfängen und über gewisse Erhöhungen brauchen wir nicht einmal diskutieren und die gehören zum Beispiel im Bereich der Ticketsteuer dazu. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Grossmann**: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren auf der BesucherInnengalerie! Ich möchte dem Klaus Frölich Recht geben mit seinen Aussagen. Dass es wahrscheinlich nicht unbedingt der Grazer Gemeinderat sein muss, der der Bundesregierung und den Sozialpartnern zuruft, welche Dinge in der Steuerreform diskutiert werden sollen. Aber trotzdem werte ich den Antrag von der Frau Kollegin Braunersreuther als ein Bekenntnis dazu, dass der Zugang zu Kunst und Kultur möglichst leistbar für die Menschen sein soll, möglichst niederschwellig sein soll und dass wir auch eine Einladung aussprechen und deshalb sind wir sowohl in dieser Frage als auch in anderen Fragen bei Erhöhungen von reduzierten

Mehrwertsteuersätzen skeptisch und betrachten das so wie die Bundes-SPÖ auch als keinen geeigneten Gegenfinanzierungsvorschlag für eine längst notwendige und fällige Reduktion der Belastung der Steuern für Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer und auch für Gewerbebetriebe als solches. Also wir werden dem Antrag als solches auch die Dringlichkeit geben und auch im Inhalt zustimmen, um es als Bekenntnis zu verstehen für die Kulturschaffenden und für die Kunstbetriebe in unserem Land. Ganz grundsätzlich glaube ich, dass der Klaus Frölich Recht hat, dass es nicht notwendig ist, dass der Grazer Gemeinderat hier vorab Beschlüsse fasst und darüber spricht und Zurufe an die Bundesregierung. Ich denke, die Verhandlungen sind ohnehin schwierig genug (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hötzl:** Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist bezeichnend und es geht ja letztendlich im Kern um die Steuerreform. Ob jetzt im Antrag drinnen steht Ticketpreise oder keine Ahnung, Schaffung von Wohnraum, Mietwohnungen von 10 % auf 20 % oder was auch immer, was hier geplant ist, ob fix oder nur medial verlautbart. Es geht hier grundsätzlich, wie stehe ich zu einer Steuerreform, wie stehe ich zu Steuererhöhungen. Festhalten möchte ich nur, dass der offenbar neue Wirtschaftssprecher Klaus Frölich von der ÖVP für seine Partei in Anspruch nimmt, dass das gerechtfertigt ist, eine Steuererhöhung in Kauf zu nehmen oder beziehungsweise dass das halt gar nicht so wichtig ist, dass man da jetzt schon drüber redet. Ich bin schon der Meinung, dass man hier unter dem Motto „Wehret den Anfängen“ schon eine Stellungnahme abgeben sollte als Stadt Graz. Unser Zugang ist halt, eine Steuerreform so zu machen, dass man Bürokratieabbau macht, dass man eine Verwaltungsreform macht und das nicht über eine Steuererhöhung auf einer anderen Seite gegenfinanziert. ÖVP hat ihr Gesicht wieder gezeigt einmal, wie sie zu Steuerfragen und in der Steuerreform steht, also wir können da auf jeden Fall

mitgehen, wir sind hier sozusagen komplett auf KPÖ-Linie, in diesem Punkt zumindest, und ja, wir werden dem Ganzen zustimmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Ein kurzes Schlusswort und vielen Dank für die positiven Rückmeldungen zu dem Antrag. Die Diskussion, was ist jetzt dringlich, leider erfährt man ja von Kürzungen oft durch die Medien, dass die von der Kollegin Polz-Watzenig angesprochenen Kürzungen durch das Land im Kulturbereich hat man ja auch erst im Nachhinein erfahren. Jetzt muss die Stadt schauen, wie sie damit umgehen kann beziehungsweise auch die Kulturschaffenden selbst. Man muss dann die Folgen hinnehmen oder meint dann nachher, das kann man natürlich auch versuchen, das vorher schon zu verhindern und auch wenn dann man böse sagen kann, ja man schreitet schon ein, bevor überhaupt was beschlossen ist. Ja wann denn sonst, nachher ist es zu spät, deswegen finde ich das schon sehr dringlich (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

4) Kostenloser Eintritt in Grazer Museen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Frau Stadträtin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen und Zuhörer und Zuhörerinnen! Kultur ist etwas ganz Wesentliches. Für eine Stadt ist Kultur nach außen Visitenkarte, nach innen Seele einer Stadt. Wir haben heute schon in der Früh im Rahmen der Trauerfeier auch vieles gehört über die Bedeutung von Kunst und Kultur und mir hat auch sehr gut gefallen im Nachruf, den der Herr Bürgermeister auf Emil Breisach gelesen hat, das Zitat, dass Kunst und Kultur Türen öffnet, die vorher von niemandem gesehen worden sind. Es hat Kunst und Kultur auf das einzelne Individuum einfach eine große Auswirkung, regt an zu eigenständigem Denken und öffnen damit natürlich auch Türen im Geist und auch im Handeln. In Graz verfügen wir erfreulicherweise über eine breite Palette an Angeboten für Kultur und Kulturvermittlung und ich glaube, wir können auch hier sehr stolz darauf sein, nicht nur 2003 Kulturhauptstadt gewesen zu sein, sondern auch seitdem sehr viel in diesem Bereich auch getan zu haben. Nicht zuletzt aus diesem Grund und weil es wichtig ist, dass Kinder und Jugendliche auch von klein auf mit Kultur in Kontakt kommen und diese Liebe zu Kunst und Kultur dann auch möglichst früh geweckt wird und das in vielen Familien eben nicht am alltäglichen Programm steht, sondern sie auch erst über Kindergarten und Schulen dann in Kontakt mit Kultur kommen, habe ich vor knapp zwei Jahren, im April 2013, auch schon einen Antrag auf Prüfung der Möglichkeiten für den kostenlosen Zugang zu Museen und deren Vermittlungsangebote für Schulklassen und Kindergartengruppen gestellt und dieser wurde erfreulicherweise auch einstimmig vom Gemeinderat beschlossen. Leider ist es seitdem allerdings zu keinen weiteren Schritten gekommen. Es gab eine Stellungnahme, dass es eben budgetär nicht möglich sei, weiters wurde aber in diesem Bereich kein Schritt unternommen, der in Richtung Umsetzung gegangen wäre.

Deswegen habe ich mit einiger Überraschung, wenn auch durchaus Freude, in der Zeitung letzte Woche dann gelesen, dass die Kulturstadträtin Lisa Rücker vor hat und auch fordert, einen kostenlosen Zugang zu Kultureinrichtungen in Graz für alle Menschen, also nicht nur für Jugendliche im Schul- und Kindergartenverband, nicht nur für Kinder und Jugendliche ohne Schul- und Kindergartenkontext, ja für alle

Erwachsene das auch fordert. Das Ganze hat aber natürlich den Haken und das wird auch drei Zeilen weiter bereits erwähnt, dass es dafür zusätzliche finanzielle Mittel bräuchte. Für uns alle wäre schön, wenn das gelingen würde, Kultur für alle Menschen frei anzubieten, wie es in anderen Städten ja auch außerhalb Österreichs möglich ist und alle würden davon profitieren. In Anbetracht der budgetären Situation der Stadt, aber auch des Landes, ist das aber etwas, was nicht leicht zu ermöglichen ist und wie schon öfters hier an dieser Stelle erwähnt und fast schon als *Ceterum censeo* muss man wieder dazusagen, und wenn das Geld knapp ist, dann gilt es, Prioritäten zu setzen und gilt es, dort anzusetzen, wo es um nachhaltige Maßnahmen geht und das ist aus meiner Sicht und der Sicht der Sozialdemokratie immer, wenn es um Kinder und Jugendliche und um Kultur auch als Bildungseinrichtung und um Bildung geht.

Deswegen möchte ich die Gelegenheit der Aussage der Frau Stadträtin jetzt auch nutzen, um wieder an diesen Antrag zu erinnern und ihn quasi zu wiederholen beziehungsweise noch einmal zu präzisieren und stelle daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Die zuständige Kulturstadträtin Lisa Rücker möge beauftragt werden, in Anlehnung an ihre Forderung nach Gratis-Eintritt für alle Grazer Museen prüfen zu lassen, inwieweit und unter welchen Rahmenbedingungen

- a) allen Schulklassen und Kindergartengruppen der kostenlose Zugang zu allen Grazer Museen und deren Vermittlungsangebote ermöglicht werden kann – und zwar ohne Inanspruchnahme zusätzlicher städtischer Mittel,
- b) allen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre der kostenlose Zugang zu allen Grazer Museen und deren Vermittlungsangebote ermöglicht werden kann – und zwar ebenfalls ohne Inanspruchnahme zusätzlicher städtischer Mittel aus oben genannten Gründen natürlich (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** zur Dringlichkeit: Vielen Dank für diesen Antrag. Ich kann schon vorab sagen, wir werden der Dringlichkeit natürlich zustimmen, obwohl sie ja eigentlich nicht wirklich die Dringlichkeit nicht wirklich gegeben ist, sondern eigentlich ist das Ganze überfällig. Nachdem ja von dir der Antrag schon gestellt wurde, das schon zur Sprache gebracht wurde, aber auch schon von mir schon vor fast zwei Jahren ein Antrag eingebracht wurde zu dem Thema. Natürlich sollten Kinder und Jugendliche freien Eintritt haben in Museen, denn wir wissen alle, für Kinder ist nicht nur dieses Bildungsangebot wichtig, sondern Kinder sind auch ganz wichtige Kommunikatoren. Ich habe das selber erlebt in meiner Arbeit als Museumspädagogin und es gibt nichts Schöneres, als wenn Kinder nach einer Außenführung kommen und wenn ich dann sage, jetzt gehen wir in das Museum, die ganz begeistert sind und sagen, cool, jetzt gehen wir in das Museum und die dann auch wirklich so begeistert sind, dass sie sagen, da will ich mit meinen Eltern wiederkommen. Dann ist es aber natürlich schade, wenn die Eltern dann das ablehnen mit der Begründung, das Angebot ist uns zu teuer. Deswegen habe ich ja immer das unterstützt oder gefordert, dass der Eintritt für alle frei sein soll nicht nur für Kinder und Jugendliche. Werde das, das kann ich jetzt schon ankündigen, auch in einem Zusatzantrag tun, indem ich eigentlich genau den Wortlaut des Punktes c) des Antrages übernehme, nämlich auch ohne Inanspruchnahme zusätzlicher öffentlicher Mittel, denn wer sich an meine diversen Wortmeldungen erinnert zu dem Thema, kann sich vielleicht auch daran erinnern, dass andere Städte das durchaus ohne Zusatzkosten geschafft haben beziehungsweise ich habe damals Magdeburg als Beispiel genannt, die sogar 50.000 Euro sparen, seit sie freien Eintritt gewähren in die Museen. Und ich glaube, dann kann man die Museen wirklich für ein größeres Publikum öffnen, wenn das gelingt. Ganz kurz vielleicht noch, ich habe eine Antwort auf meinen damaligen Antrag dabei, in der steht, dass das damals schon dem Landesmuseum Joanneum den Geschäftsführungen kommuniziert wurde und eine

Grundsatzfrage, die über die Eigentümer und GmbH Organe zu beschließen sei, das war am 18. September 2013. Ich freue mich natürlich, dass sich auch Peter Pakesch, der Intendant des Joanneums, zu Wort gemeldet hat, wenn auch eben erst eineinhalb Jahre später und jetzt vielleicht in die Idee miteinsteigt und wir das dann im Endeffekt in Graz vielleicht doch hinkriegen werden. danke (*Applaus KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrte Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe die Verwunderung nicht, weil dass ich niederschweligen Zugang zu Kunst und Kultur, dass mir das wichtig ist, war nie ein Geheimnis und dass da in vielen Bereichen daran gearbeitet wird, ist auch kein Geheimnis. Was ich aber ein bisschen vorsichtiger machen würde ist, wenn man nämlich solche Anträge einbringt, ohne die Geschichte dazu zu erzählen, dann wird vermittelt, als würde es in Graz keine Angebote geben, die auch sehr wohl gratis sind. Und ein bisschen differenziertes Argumentieren wäre manchmal sinnvoll, weil sonst erzählt man womöglich einen Mythos weiter und dann gehen die Leute deswegen nicht ins Museum, weil sie nicht wissen, dass zum Beispiel das Graz Museum für Kinder und Jugendliche bis 18 schon lange gratis ist und das sollte man miterzählen (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer: Aber nicht das Vermittlungsangebot.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Weiters möchte ich noch einmal, also ich möchte einmal auf den Status quo eingehen, auf das, was inzwischen geschah und das, was in der nächsten Zeit passieren wird. Es ist wünschenswert, wenn Kunst und Kultur und Wissen, weil es im Museum auch um Wissen und Geschichte geht, als Möglichkeit für alle offensteht, es gibt bisher folgende Möglichkeiten: Es gibt den Pass für Hunger auf Kunst und Kultur, den Sie kennen, der für Menschen mit niedrigem Einkommen einen Gratis Eintritt in

alle Kultur- und Kunsteinrichtungen ermöglicht. Es gibt, wie gesagt, im Graz Museum momentan den Zugang für Jugendliche und Kinder bis 18 gratis. Wenn ein Vergleich herangezogen wird mit Wien, weil es dort auch in den Museen einen Gratis Eintritt bis 19 gibt, muss dazugesagt werden, dass die Kosten, die dann dort entstehen, obwohl in den Bundesmuseen ein Vermittlungsprogramm in der Höhe von 400.000 Euro noch zusätzlich gefördert wird vom Bund, was in Graz leider nicht der Fall ist. Schulklassenführungen pro Kind zum Beispiel noch trotzdem dann drei Euro kosten oder 2.50 Euro, das heißt, dass für die speziellen Vermittlungsprogramme dort, obwohl dort ein großer Fördertopf drinnen ist, extra Geld verlangt wird. Dann möchte ich noch einmal erwähnen die SchulCard, die bedeutet, dass im UMJ Schulklassen mit den Kosten für zwei Euro pro Kind und Jahr eine Möglichkeit bieten, die meiner Meinung nach auch sehr günstig ist und auch sehr gerne in Anspruch genommen wird und da aber inkludiert sind die Vermittlungsprogramme, das heißt, das ist insofern eigentlich schon einiges in der Basis da. Ein Bereich, der mir in dem Bereich wichtig ist zu erwähnen, was wir inzwischen auch gemacht haben, ist, dass wir ein Kinder und Jugend und speziell für die Schulen Vermittlungsprogramme etabliert haben, das nennt sich die Wundertüte, wo wir in verschiedensten Kultureinrichtungen noch einmal den Preis herunterdrücken können und auch in dem Fall der Pass für Hunger auf Kunst und Kultur von uns noch einmal gestützt wird, damit die Kinder, die in diesen Klassen gar nicht partizipieren könnten, gratis partizipieren können. Das heißt, es gibt da verschiedene Ansätze. Zum generellen Zugang, den ich ja auch in der Zeitung ja durchaus auch aus Bildungsgründen gesagt habe, nämlich, dass eben dieser Zugang breit möglich sein soll, was ich begonnen habe, sind natürlich Gespräche mit dem Tourismus, wie wir in Zukunft generell im Bereich Kultur und Tourismus stärker und verschränkt im Sinne einer größeren Wirkung zusammenarbeiten können. Es gibt auch mit dem Bürgermeister Gespräche, wenn es darum geht, wie die Wirtschaft in dem Fall, da geht es genau um diese Sponsoring- Geschichte, stärker hier den Kulturfaktor in der Stadt für sich letztendlich auch sieht, dass es da einen Zusammenhang gibt, dass diese Stadt nicht nur attraktiv ist, weil es gute Geschäfte gibt, sondern besonders deswegen

attraktiv ist, weil hier ein großes Kulturangebot ist. Es gibt Gespräche in diese Richtung. Am Ende eine Lösung zu haben, die möglichst breit und niederschwellig Zugang ermöglicht, ist das Ziel, aber ich sage nur eines dazu, das habe ich auch in diesem Artikel gesagt, mit dem Gratis-Eintritt alleine wäre es nicht getan, es braucht auch auf der Institutionsseite selbst und deswegen ist ja auch der Kunsthausprozess mir so wichtig, den ich im Kulturausschuss berichtet habe, dass es auch Aktivitäten braucht, die auf die Menschen zugehen, es müssen Künstler und Künstlerinnen und Institutionen auch selbst für Neugierde sorgen und es geht alleine mit Gratis eben auch nicht, das heißt, es gibt da mehrere Ebenen, an denen wir arbeiten und es ist auch der Grund, warum jetzt der Dringlichkeit nicht stattgegeben wird von unserer Seite, weil, wie gesagt, einiges im Gange ist, aber mangels finanzieller Möglichkeiten, ich kann es aus dem Kulturbudget nicht einfach zahlen, muss man da ein bisschen kreativer sein und das versuchen wir auf verschiedenen Ebenen. Ich kann also nicht stehenlassen, dass nichts passiert ist, es passiert einiges und einiges ist auch schon in Umsetzung (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Herzlichen Dank, Frau Stadträtin, für die Ausführungen und ich glaube, genau diese Aufzählung der unterschiedlichsten kleinen Möglichkeiten für kleine Zielgruppen, hier eine Zielgruppe, da eine Zielgruppe, in dem Museum eine andere Zielgruppe als im anderen Museum, ich glaube, diese Komplexität beweist bereits, wie dringlich es ist, hier zu einem Gesamtkonzept zu kommen.

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Hat auch mit der Eigentümer-Struktur zu tun.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Denn es ist für Eltern und auch für Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten und in Schulen sehr, sehr schwer, jetzt diesen Dschungel an Förderungen und Eintrittsmöglichkeiten noch zu überblicken, denn in jedem Museum gibt es andere Möglichkeiten oder Nicht-Möglichkeiten, andere Preise für den Eintritt und für das Vermittlungsangebot und hier ein Gesamtkonzept, wie eben im Antrag auch gefordert, einmal zusammenzustellen und zu versuchen, die Kräfte so zu bündeln, dass eben das Ziel, das du selbst in den Medien auch angesprochen hast, umgesetzt werden kann und erreicht werden kann. Ich glaube, dass das sogar höchst dringlich ist. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Bevor wir abstimmen, vielleicht noch ein weiterer Hinweis zur Präzisierung. Ich denke, dass unter Museen auch das Kunsthaus gemeint ist, das Kunsthaus ist an und für sich kein Museum, sondern eben ein Kunsthaus, aber ich nehme an, dass in dem Antrag, weil eben die Ausgangsdiskussion im Kunsthaus war, auch das Kunsthaus mitimpliziert.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Grüne) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Grüne) angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ist Einverständnis, dass wir die Abstimmung über die Dringlichkeit noch einmal wiederholen, es bestehen aufgrund von Abwesenheiten einige Fragezeichen hinter dem Ergebnis. Der Magistratsdirektor informiert mich, es kann ein Antrag auf neuerliche Zählung gestellt werden, dann wird zunächst über

diesen Antrag abgestimmt und dann über die Dringlichkeit. Gibt es einen Antrag auf neuerliche Abzählung? Kollege Frölich stellt den Antrag auf eine neuerliche Abstimmung. Wer ist für eine neuerliche Abstimmung zur Dringlichkeit?

Der Antrag zur neuerlichen Abstimmung wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Grüne) abgelehnt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Über den Zusatzantrag, darf ich den zur allgemeinen Klarheit, den Zusatzantrag nochmals wiederholen von der KPÖ, den kostenlosen Zugang ohne Inanspruchnahme zusätzlicher öffentlicher Mittel für alle zu den Grazer Museen zu gewähren.

Der Zusatzantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ und Piratenpartei) abgelehnt.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.24 Uhr den Vorsitz.

5) Betreutes Wohnen: Qualitätskontrollen

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA: Hoher Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! In meinem dringlichen Antrag geht es um das betreute Wohnen, eine alternative Wohnform, die zwei Aspekte berücksichtigt für ältere Menschen. Der erste Aspekt ist der Aspekt der Autonomie, weil das betreute Wohnen basiert auf einem Mietverhältnis und der zweite Aspekt ist der Aspekt der Sicherheit, weil zusätzlich zu diesem Wohnen kann man ein Zusatzpaket kaufen, das wird angeboten, das ist auch genau fixiert und darüber hinaus kann man noch ein drittes Zusatzleistungsangebot bestellen, wenn man das möchte und das ist individuell zugeschnitten auf die persönlichen Bedürfnisse. Durch das betreute Wohnen ist eben die Situation gegeben, dass ältere Menschen so lange, wie es geht, zu Hause bleiben können und man wirkt auch der sozialen Isolation entgegen, weil es einfach sehr viel an Kommunikation gibt und auch untereinander sehr viele Aktivitäten bei den BewohnerInnen und MieterInnen gibt. Vor ungefähr fünf oder sechs Jahren habe ich bereits einen Antrag gestellt, der das betreute Wohnen betroffen, da ist es um die Strukturqualitätskriterien gegangen. Inzwischen sind diese Strukturqualitätskriterien bereits in den Fördervereinbarungen fixiert, das heißt, es ist genau definiert, wie die Ausstattung sein muss, welches Personal zu welchem Zeitpunkt vorzuhalten ist usw. Was allerdings nach wie vor nicht geklärt ist, ist die Kontrolle des betreuten Wohnens und es hat weit reichende Konsequenzen. Wenn nämlich diese Vorgaben vom Betreiber nicht erfüllt werden, dann hat diejenige oder derjenige keine Möglichkeit, sich an irgendjemanden zu wenden, um eben das zusätzlich einzufordern. Es gibt keine Qualitätskontrolle und es gibt auch keine Kontrolle der entsprechenden Strukturqualitätskriterien beziehungsweise der Vorgaben. Jetzt kommt es immer wieder vor, dass ältere Menschen sich beschweren möchten oder die Behörde bitten, hier einzugreifen, die hat aber keinen Handlungsauftrag. Das Gleiche ist bei der PatientInnenombudsschaft, die natürlich für Pflegeheime, Krankenhäuser, Pflegeplätze, mobile Dienste verantwortlich ist, aber bei diesem Betreuungssegment, beim betreuten Wohnen, hat auch sie keine Handhabe. Und jetzt gehen die Beschwerden ins Leere und die Praxis und die Realität zeigen, dass es hier, wie eben

im Pflegewohnheim und bei den Pflegeplätzen, Kontrolle braucht, um wirklich sicherzustellen, dass die Qualität und diese Vorgaben bei den Menschen auch ankommt.

Deshalb mein folgender

dringlichen Antrag

im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion:

Die Stadt Graz möge an das Land Steiermark herantreten und dieses ersuchen, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit die Kontrolltätigkeit durch die Behörde im Betreuten Wohnen analog zu den Pflegeheimen, zu den Pflegeplätzen und zu den Mobilien Diensten verpflichtend geregelt wird.

Ich bitte um Annahme (*Applaus SPÖ*).

GR. **Vargas** zur Dringlichkeit: Liebe KollegInnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich hoffe, es ist ein bisschen Ruhe eingekehrt, weil es hat, glaube ich, niemand fast auf den Text, was die Kollegin vorgetragen hat, aufgepasst. Es geht eben um diese Qualitätsstandardkontrolle in den betreuten Wohnprojekten für SeniorInnen. Wir Grünen werden den Antrag unterstützen, sowohl inhaltlich als auch der Dringlichkeit. Ich wollte mir aber ein paar Worte dazu noch erlauben, nämlich dass in den Richtlinien vorgesehen ist, dass diese Wohnprojekte maximal 16 Plätze haben dürfen, dass ist in den Richtlinien nicht schlüssig, warum das so ist, welche Sinnhaftigkeit das haben sollte, sollte man einmal hinterfragen, das würde ich vielleicht ergänzend erwähnen. Natürlich ist für die Träger dieser Einrichtungen oft sehr schwierig dann eine gute Finanzierung für eine vielleicht rund um die Uhr-Betreuung, in welcher Form auch immer. Insofern würde ich es anregen, das mitzunehmen in den Gedanken bei der

Frage an das Land. Das andere ist natürlich barrierefreie Wohnungen gibt es da und das sollte man vielleicht auch überlegen, an das Land das zu vermitteln, dass die neue Wohnbauregelung auch barrierefrei bauen sollten, weil es geht ja um die Jungfamilien, die mit den Kinderwagen diese Wohnung benützen und dann später werden dann die SeniorInnen diese Wohnungen auch benötigen. Insofern werden wir den Antrag unterstützen und freue mich, dass du den gestellt hast, ich habe mir nämlich im Jänner schon kurz überlegt, ob man so einen Antrag stellen soll und selbstverständlich Qualitätskontrolle sollte auch in diesem Segment der Seniorenbetreuung folgen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Gäste! Betreutes Wohnen ist wirklich eine sehr wichtige Sache. Aber im betreuten Wohnen sind meist Menschen mit der Pflegestufe 1 und 2 und es gibt meines Wissens nach eine Anlaufstelle beim Land, wo man Beschwerden einbringen kann, was Menschen mit Pflegestufe 1 und 2 wahrscheinlich möglich sein wird. Im Motivenbericht habe ich ein bisschen vermisst, worauf das jetzt wirklich abzielen soll, weil ich bin mir nicht sicher, wie viele Menschen da wirklich Beschwerde einlegen, ob da auch wirklich ein Bedarf da ist. Und für Menschen mit höherer Pflegestufe gibt es ja Kontrollen, deswegen mir ist der Bedarf nicht ganz klar oder uns ist der Bedarf nicht ganz klar und deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Liebe Kollegin von der freiheitlichen Partei. Die Beschwerden sind massiv. Es ist nachzulesen im Bericht der PatientInnenombudsschaft, die das explizit ausführt, wie viele Beschwerden sie hat, teilweise versucht sie zu schlichten und die Beschwerden abzuarbeiten, aber sie hat kein Mandat dazu. Und auch in meiner

täglichen Arbeit, ich bin ja SeniorInnensprecher und für ältere Menschen zuständig, auch ich werde sehr oft angerufen. Also der Bedarf ist wirklich gegeben und die Pflegestufen im betreuten Wohnen gehen oft bis 4, 5, 6, manche betreute Wohnformen haben sogar eine Siebener-Stufe, es ist zwar die Ausnahme, das stimmt, und auch in unseren Bereichen in den Geriatrischen Gesundheitszentren haben wir nur bis zur Stufe 5 und 6, aber es gibt sie und wenn man da nicht entsprechend die Sicherstellung der Qualität erreichen kann, ist das sehr schlimm. Also da zu sagen, der Bedarf ist nicht da, geht wirklich an der Realität vorbei und es ist nicht meine persönliche Einschätzung, sondern das kann man wirklich nachlesen im Bericht der PatientInnenobudschafft und die fordert das vehementest, dass hier eine Regelung durchgeführt wird und entsprechend gesetzlich vorgegeben wird. Und ich kann mich erinnern, früher einmal Pflegeplätze sind auch nicht kontrolliert worden. Ich habe da Bilder gesehen, ich erspare euch wirklich diese Erklärung der Bilder, was sich da getan hat und die PatientInnenombudsschaft und auch meine Kolleginnen in diesem Bereich fürchten, dass, wenn es nicht zu einer Kontrolle kommt, auch im betreuten Wohnen zu solchen Missständen kommen könnte, wie es damals war bei den Pflegeplätzen, bevor dann die regelmäßige Kontrolle eingesetzt hat und dieser Missstand dann beseitigt wurde. Dann kurz noch zu den Richtlinien, du weißt ja selbst, du bist im Verwaltungsausschuss, es gibt Ausnahmen, man muss dann einen Antrag ans Land stellen, es gibt Ausnahmen wie zum Beispiel bei den GGZ, wo wir 45 beziehungsweise 48 Wohneinheiten haben, das muss man dann entsprechend begründen und es wird sicher möglich sein, auch für private Träger diese Ausnahmeregelung zu finden. Aber ich danke für die Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6) Geplante Novelle zum Raumordnungsgesetz betreffend Einkaufszentren – Petition an das Land Steiermark

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Kollegen! Ihr werdet gesehen haben, es sind dann doch fünf Seiten geworden, es ist eine ziemlich tiefe, eine intensive Beschäftigung mit dem Thema von uns vorausgegangen und ich werde eben die wichtigsten Passagen vortragen. Wir erinnern uns an die Entstehungsgeschichte des Einkaufszentrums Arena in Fohnsdorf, bei dessen Errichtung einige Bestimmungen des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes zu großzügig interpretiert worden sind. Aufgrund verschiedener Unschärfen konnten auch an anderen Standorten die in der Einkaufszentren-Verordnung festgelegten höchstzulässigen Verkaufsflächen deutlich überschritten werden. Unabhängig von der rechtlichen Würdigung aktueller Um- und Zubauten, im Konkreten ist zum Beispiel jetzt die Shopping-City Seiersberg im Grazer Süden betroffen, müssen folgende Tatsachen bedacht werden. Graz, und das ist uns eh schon öfters gesagt worden und bekannt, hat mit mehr als 100 Quadratmetern pro 100 Einwohner die höchste Shoppingcenter-Dichte Österreichs. Gerade jene Zentren an der Peripherie urbaner Großräume, also auf der grünen Wiese, schädigen den Einzelhandel in den Städten und Gemeinden massiv und gefährden somit auch die urbane Versorgungslage. Raumplanerische Fehlentwicklungen führten dazu. Erst im Jahre 2003 wurden einfachere und transparentere Regelungen eingeführt sowie auch die raumplanerischen Grundlagen für die Stärkung von Orts- und Stadtteilzentren geschaffen. Die tatsächlichen Auswirkungen der Errichtung von Einkaufszentren wurden nur in Ausnahmefällen intensiver geprüft. In konkreten Fällen führte das dazu, dass eingeleitete

Nichtigkeitsverfahren eingestellt wurden, weil durch schleppende Bearbeitung Fristen versäumt wurden, die Aufsichtsbehörde ist überhaupt zu spät von manchen Vorhaben in Kenntnis gelangt. Die Aufsichtsbehörde sah sich also von den Gemeinden genehmigten sowie bereits vollendeten Bauwerken gegenüber.

Einen interessanten Fall aus Sicht der Stadt Graz stellt die Shopping-City Seiersberg dar. Im Jahr 2003 führte das Amt der Steiermärkischen Landesregierung nach einer Beschwerde der Stadt Graz eine aufsichtsbehördliche Überprüfung der damals rund 55.000 m² große Verkaufsfläche vor. Die Stellungnahme der Abteilung für überörtliche Raumplanung des Landes war da eindeutig. Die Shopping-City wurde aufgrund ihrer Größe an diesem Standort für unzulässig erklärt. Dennoch leitete die Rechtsabteilung des Landes kein Nichtigkeitsverfahren ein. Die Errichtung der Shopping-City Seiersberg erfolgte in den Jahren 2002 und 2003 in vier Bauabschnitten mit jeweils zwei Verkaufsebenen. Und zudem wurde es durch öffentliche Verkehrsflächen voneinander getrennt. Bauwerber der vier Einkaufszentren waren vier verschiedene Gesellschaften, die allerdings Töchter einer einzigen Immobiliengesellschaft waren. Diese durchgehenden Verbindungsbereiche zwischen den Bauabschnitten wurden geschaffen, um den Eindruck zu vermitteln, dass anstelle der vier einzelnen Einkaufszentren ein einheitliches Einkaufszentrum entstanden ist. Zum damaligen Zeitpunkt das größte Einkaufszentrum der Steiermark. Hieraus resultierte die bereits erwähnte Aufsichtsbeschwerde der Stadt Graz aufgrund der vermuteten Umgehung der unzulässigen Verkaufsfläche. Ich fasse dann auch weiter zusammen, es wurden eben nur 6.600 m² in dem ersten Abschnitt erlaubt, es ist dann auf 9.700 m² vergrößert worden. Das Land hat eben die Ansicht getroffen, dass ihre gültige Regelung nur für Einkaufszentrum unter 600 m² zu gelten hat, darum konnte eben die Shopping-City Seiersberg so entstehen, wie sie entstanden ist. Jüngst ist jetzt eben in einer Raumordnungsnovelle im Land Steiermark im Unterausschuss eben eine Bestimmung über diese Einkaufszentren eingeflossen und da wird sozusagen der Rechtllichkeit so hergestellt, dass eben wieder kein Widerspruch da ist, dass eben weiterhin solche Bauwerke entstehen können. Sie schließen eben nicht aus, dass es Zubauten, vor allem

wenn es nicht um Verkaufsflächen geht, erlaubt sind, Zubauten der Sanitärbereiche von Lagerflächen und anderen Dingen sollen plötzlich eben nicht mehr dazuzählen und da kann dann eben nicht ausgeschlossen werden, dass später wieder ein Tausch erfolgt und das dann in eine Verkaufsfläche umgewandelt wird. Ihr müsst mir noch drei Minuten geben. Zum Schlusssatz: Aus Sicht der Stadt Graz ist entschieden dieser Novelle, wie sie geplant ist, zu widersprechen, da eben eine Weiterentwicklung eines eventuell jetzt schon gesetzwidrigen errichteten Gebäudes als juristisch sozusagen legitimiert wird. Ich komme zum Antrag.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs erfolgt der

d r i n g l i c h e A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz tritt durch die hierzu zuständigen Stellen auf dem Petitionswege an das Land Steiermark heran und ersucht, im Rahmen der geplanten Novelle zum Raumordnungsgesetz nachfolgende Punkte besonders zu berücksichtigen:

1. Es möge sichergestellt werden, dass der Prozess der Suburbanisierung durch Einkaufszentren in peripherer Lage zu Lasten des Wirtschaftsstandortes Graz unterbunden werde.
2. Es möge beachtet werden, dass auch die Verschiebung von Verkaufsflächen im Rahmen von Zu- und Umbauten auch ohne Vergrößerung derselben letzten Endes zu einer stetigen Erneuerung und somit auch zu einer Vergrößerung dieser Einkaufszentren führt.
3. Die zuständigen Stellen des Landes Steiermark werden angesichts der ursprünglich raumordnungsfachlich und aufsichtsbehördlichen Stellungnahme

aus dem Jahre 2003 gebeten, darauf Bedacht zu nehmen, dass durch die gegenwärtige Novelle keine nachträgliche Legitimation eintritt und dass künftige bauliche Maßnahmen an diesen EKZ lediglich bau- und sicherheitstechnischen Aspekten genügen. Eine langfristige und somit auch vom Betreiber vom Standpunkt der Rechtssicherheit akzeptable Reduktion der Verkaufsflächen auf jene Werte, die gemäß zum Zeitpunkt der Genehmigung in Kraft befindlichen Gesetzeslage es möglich gewesen wären, ist als Idealziel anzustreben.

Bitte um Diskussion und Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller! Es gibt selten so eine Situation, wo man wortgleich auch mitformulieren möchte und das halte ich, es gibt ja eine pluralistische Demokratie, man soll ja auch verschiedene Meinungen haben zwischen den Parteien, aber das ist schon ein Hinweis, dass hier möglicherweise etwas nicht im Lot ist. Wir erwarten uns, ich gehe jetzt auf den Inhalt gar nicht weiter ein, er ist umfassend dargelegt worden, wir erwarten uns von einem Raumordnungsgesetz des Landes, dass auch wirklich in den Paragraphen das steht, was der Titel ankündigt. Und wir befürchten ganz konkret, dass durch diese Novelle Unordnung legitimiert wird, das könnte man noch so oder so sehen, jedenfalls weiterer Unordnung Vorschub geleistet wird. Und wir wollen einfach, dass, wenn Probleme erkannt wurden, das ist Gott sei Dank der Fall, dass dann auch reagiert wird. Also wir wollen nicht Reparaturvorschriften in Paragraphen haben, die möglicherweise weitere Unordnung, um es noch einmal auf den Punkt zu bringen, legitimieren. In diesem Sinne ersuche ich, diesem Antrag zuzustimmen und ich darf auch nur dazu anführen, dass sehr wohl schon im Vorfeld dieser Novelle intensive Kontakte zwischen der Ebene unserer Fraktion aus der Stadtregierung, Herr Bürgermeister mit den Zuständigen beziehungsweise unserem Gegenüber in der

Landesregierung sehr wohl stattgefunden haben und auch auf der Klubebene solche Gespräche im Gange sind. Ich wollte das nur unterstreichen, wir sind gewahr, was da kommt, aber wir wollen das so nicht haben. Ich ersuche daher auch um Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeindeart! Es war eine sehr nette Formulierung, die Herr Gemeinderat Piffl-Percevic jetzt gefunden hat. Ich möchte, erlaube Sie mir das, etwas deutlicher werden und meine Verwunderung zum Ausdruck bringen, aber auch meine Freude, dass die freiheitliche Partei in Graz diesen dringlichen Antrag einbringt, obwohl in Hauptverantwortung der freiheitlichen Partei auf Landesebene genau ein solches Attentat auf die Raumordnung der Steiermark begangen wird. Seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, regen wir uns in Graz zu Recht über die Raumordnung des Landes Steiermark auf und die Vorgangsweise in Einkaufszentren. Wir haben mehrfach in diesem Gemeinderat darauf hingewiesen, dass wir der festen Überzeugung sind, dass hier nicht immer gesetzlich gehandelt wurde und dass die Aufsichtspflicht des Landes Steiermark nicht immer richtig gehandelt hat. Es war für mich unglaublich, dass im Unterausschuss bei einem ganz anderen Stück eine Formulierung hinzugefügt wird, die eigentlich was bewirkt hätte, was man sich gar nicht vorstellen kann, nämlich, dass wir in der Einkaufszentrendebatte den Deckel runternehmen, das was da von spitzer Juristenfeder niedergeschrieben wurde und dem Landtag untergejubelt hätte werden sollen ist nichts anderes, als den Deckel auf Einkaufszentren runterzunehmen. Nämlich unter Umständen Flächen einfach umzuwidmen und zu sagen, ich darf wieder drauf bauen. Wir wissen aber auch, dass im Handel genau das Gegenteil der Fall ist, in Amerika kommen immer die Trends zu uns, wir haben sie alle gehabt, die schönen Einkaufszentren auf der grünen Wiese, Gott sei Dank in Amerika schon wieder der Gegentrend. Man entdeckt wieder die Altstädte, wobei man das in Amerika ja gar nicht so bezeichnen kann, wie es bei uns der Fall ist, und vieles mehr. Und ich sage Ihnen,

was ich gemacht habe, Herr geschätzter Gemeinderat, ich bin hinaufgerannt zum Land und habe gemeinsam mit der Wirtschaftskammer zumindest innerhalb meiner Fraktion gemeinsam mit dem Bernhard Inninger, den habe ich mitgenommen als Experten, weil der hat sich das angeschaut und der war fassungslos, unser Stadtplanungsexperte, war fassungslos, was das Land da überhaupt... Wer bringt diese Geschichte ein im Landtag Steiermark, der politisch zuständige Referent ist der Landesrat Kurzmann und sein Mitarbeiter, verantwortlich der ■■■■, der dann in der Zeitung vom Herrn Dr. Sittinger intensiv in der Kleinen Zeitung, gefragt wurde, wo denn das jetzt herkommt, kann sich plötzlich keiner mehr genau erinnern, wer den Auftrag gegeben hat, das zu tun. Das wäre die Frage gewesen, die ich gerne einmal geklärt gehabt hätte. Wer hat den Auftrag gegeben, dass im Unterausschuss oder auch sonst im Lande Steiermark solche Vorbereitungsarbeiten kommen? Das hat alles nicht stattgefunden und das gefällt mir überhaupt nicht an der ganzen Debatte. Ich freue mich, wenn wir auch gemeinsam da herinnen jetzt möglichst einstimmig ein Zeichen in Richtung Land Steiermark abgeben, dass es in der Raumordnung nicht so zugehen darf, wie es da zugeht und das will ich sehr deutlich einmal sagen und ich muss nur sagen, das ist, wenn ich so sagen darf, für mich klar in der Verantwortung der freiheitlichen Partei des Landes, aber schön, wenn ihr es anders auf Grazer Ebene seht (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Antragsteller! Das hat mich jetzt sehr gefreut, Herr Bürgermeister, dass Sie jetzt so eindeutig Stellung genommen haben, weil ich habe bereits im September 2014 eine Anfrage gestellt, die leider bis heute, also fünf Monate, unbeantwortet geblieben ist. Aber Sie haben jetzt damit eine Antwort gegeben und ich freue mich, auch zu hören, dass Sie eilenden Schrittes quasi zum Herrn Landeshauptmann gelaufen sind. Ich freue mich auch, dass Sie, Herr Kollege

Lohr, diesen dringlichen Antrag stellen, wobei ein bisschen skurril finde ich das schon, dass Sie jetzt einen Antrag stellen, nämlich, dass der Grazer Gemeinderat an die Landesregierung herantritt, um auf die Einkaufszentrenausbau-Bremse zu treten sozusagen und da vor allen Dingen auch einiges zitieren, was eigentlich die Grünen im Landtag aufgedeckt haben. Ich glaube Ihnen schon, dass Sie sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben, ich glaube nur, dass die Grünen im Landtag sich bedeutend intensiver damit auseinandergesetzt haben. Sie haben nämlich regelmäßig Kritik geübt und es ist dem Herrn Landtagsabgeordneten Schönleitner zu verdanken, dass das überhaupt aufgedeckt wurde, weil es wirklich ein überfallsartiger Abteilungsentwurf war, der da vorgelegen ist, das sollte laut Regierungsparteien im Landtag durchgepeitscht werden, um auch rechtliche Sünden der Vergangenheit auszumerzen und gleichzeitig weitere Liberalisierungen voranzutreiben. Es gab dann auch eine Anfragebeantwortung, die Sie ja auch zitieren, wo sich der Verdacht erhärtet hat, dass es zuvor erheblichen Druck durch die Einkaufszentren-Betreiber gegeben hat, ich weiß nicht, ob Sie die Antwort kennen, die Anfragebeantwortung, da werden nämlich auch Juristen, also allseits bekannte Juristen, sozusagen aus Graz genannt, die das betrieben haben und da wird eindeutig die Aussage getätigt, dass das der Grund ist, warum es zu diesem Entwurf kam. Wir werden selbstverständlich Dringlichkeit und Inhalt unterstützen, besonders dringlich finde ich es aber, dass der Herr Landesrat Kurzmann endlich in seinem Ressort das Heft in die Hand nimmt und diesem Wildwuchs einen Riegel vorschiebt (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Danke, Herr Bürgermeister, es zeichnet sich ja eine Mehrheit ab. Ein/zwei Repliken noch, also danke, Kollege Piffli-Percevic, für deine Ausführung und Unterstützung, das hat es in Wahrheit getroffen. Den Seitenhieb vom Herrn Bürgermeister und von der Frau Kollegin Pavlovec-Meixner haben wir natürlich gehört, aber man muss dann schon auch wieder sehen, dass der Herr Landesrat erst seit 2010

in der Verantwortung ist und dass natürlich unter Schwarz/Rot diese ganze Entstehungsgeschichte und diese Möglichkeiten Platz gegriffen haben. Jetzt den Zuständigen das alles reparieren zu lassen mit allen anderen Lobbyisten und Interessenten, die es natürlich im Land auch gibt, ist natürlich auch eine Kunst und da kommen wir schon zur Zusammenfassung. Ich bin ja Kommunalpolitiker, ich kann ja nur für die Stadtgemeinde Graz sprechen, möglicherweise gibt es im Land übergeordnete Interessen, darum besinnen wir uns jetzt für unser Thema und wie gesagt, halten in der Stadt Graz zusammen. Abschließend gesagt eben diese Reform würde den Erweiterungen der Einkaufszentren Tür und Tor öffnen, es geht auf Kosten der Innenstadtkaufleute der Klein- und Mittelbetriebe und daher bitte um Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Forderung des Grazer Bürgermeisters: „Integrationspass“ – Darstellung der notwendigen Schritte

GR. **Mogel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mogel**: Liebe Gäste, hoher Gemeinderat, werter Stadtsenat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Gestatten Sie mir eine kleine Vorbemerkung. Sie werfen da sehr, sehr langatmig irgendwelche langsamen Puntigam-Fahrten dem Verkehrsstadtrat vor, der ist jetzt gerade einmal zwei Jahre im Amt und Sie sind jetzt schon fast das 13. Jahr

Bürgermeister, kommen jetzt mit Vorschlägen, die vielleicht, wenn man sie früher getroffen hätte, auch deutlich einfacher umzusetzen gewesen wären, aber sei es drum. Auch wenn Sie heute vielleicht zufällig auch irgendwas präsentieren, kommt ja auch ab und zu vor, ich möchte heute auf jeden Fall diesen Antrag vortragen, weil ich glaube, dass der doch für unsere Gemeinde sehr wichtig ist.

Am 2.2. war in der Kleinen Zeitung zu lesen, dass Sie, Herr Bürgermeister, im Gegensatz zu so manchem österreichischen Landespolitiker anstelle von Geldstrafen für integrationsunwillige Immigranten ein Maßnahmenpaket fordern, Sie nannten es Anreizmodell. Ähnlich dem Mutter-Kind-Pass mit Pflichten und Angeboten, die erfüllt und angenommen werden müssen. Ihren Ausführungen zufolge soll mit Hilfe dieses Passes entscheidende gesellschaftliche Spielregeln eingefordert werden, die den Zuziehenden vor allem in ihrer eigenen Sprache, genau erklären, worauf es in der Teilnahme an unserer Gesellschaft ankäme. Über Gutscheine und Fördermaßnahmen sollen Deutschkurse, Gesellschaftskunde, Demokratiekunde sowie Arbeitsberatung angeboten werden. Ähnlich dem Mutter-Kind-Pass soll die Absolvierung der Fördermaßnahmen mit einem Stempel bestätigt werden. Erst dadurch soll nachvollziehbar werden, wie ernst es ein Zuziehender mit dem Thema Integration nimmt. Abschließend soll dann vom „Integrationslotsen“, ich übernehme da jetzt Ihre Begrifflichkeit, der Werdegang des jeweiligen Zuwanderers begleitet und kontrolliert werden. Nach drei Jahren soll dann eine Art Abschlussbericht erstellt werden eben von diesem Lotsen und der Pass mit einem letzten Abschlusstempel versehen werden, woraus dann in letzter Konsequenz erst der Zugang zu verschiedenen Leistungen der Gebietskörperschaft resultiert. Ihren Ausführungen zufolge könne es aus Sicht der Stadt, sollte der Pass nicht alle Stempel beinhalten, eben keine Gemeindewohnung oder auch keine Sonderleistung, wie zum Beispiel SozialCard oder Sonstiges, geben. Abgesehen von einigen Ungereimtheiten, ich komme dann später noch kurz darauf zu sprechen, erstaunt doch der Zeitpunkt Ihrer Presseerklärung. Sie sind nun eben, wie ich vorher schon gesagt haben, schon fast 13 Jahre im Amt und seit März 2000 stellt Ihre Partei auch den Innenminister. Wenn Sie es wirklich ernst mit diesem Thema

meinten, hätten Sie am kurzen Wege über das Innenministerium, aber auch zum Beispiel über das Justizministerium, seit 2008 ist auch das Justizministerium in Ihrer Hand entsprechende Handlungsvollmacht transportiert werden können. Das Problem, dass Sie nun erkannt zu haben glauben, möglicherweise auch aus dem Eindruck einer nahenden Landtagswahl, ist ja nicht ganz neu. Es hat sich leider bestätigt, dass die Warnungen der FPÖ eingetroffen sind und unsere Befürchtungen in Teilbereichen sogar übertroffen wurden. Ich möchte unseren Klubobmann Armin Sippel zitieren, der in einem dringlichen Antrag zu einem ähnlichen Thema in der letzten Gemeinderatsperiode folgend schloss: „Sollten wir nicht Recht behalten und sich die künftige Entwicklung in unserer Stadt im Speziellen und in Österreich im Allgemeinen weit günstiger gestalten, als wir diese heute annehmen, so werden wir diesen Umstand zu gegebener Zeit gerne zur Kenntnis nehmen. Sollten wir aber Recht behalten und die Probleme in unserer Stadt weiter derart gestalten, so potenzieren sich diese von Jahr zu Jahr, denn es ist nun einmal ein Gesetz der Logik, dass sich ein unter den Teppich gekehrtes Problem nicht einfach auflöst, sondern ungesehen und unbemerkt zumeist weiter wächst.“ Diesen Ausführungen ist angesichts der jüngsten Entwicklungen auch in unserer Stadt wenig hinzuzufügen. Ich erinnere, dass im Zusammenhang mit den Anschlägen in Paris, Belgien und im Vorfeld in anderen europäischen Staaten auch bei uns in Österreich eine erhöhte Sicherheitsstufe seitens des Innenministeriums ausgerufen wurde und dass auch in Graz an öffentlichen Plätzen, Einkaufszentren und Dergleichen vermehrt Polizeikräfte im Einsatz waren. Auch wenn dies vor allem nur der subjektiven Sicherheitsbedürfnisse der Bürger dient, steht doch etwas Konkretes dahinter. Es gibt in Österreich, aber speziell auch in Graz, radikale islamische Zellen, deren Zielsetzung mit jenen eines säkularen demokratischen Staates nicht übereinstimmen. Dies soll keine Vorverurteilung von Migranten im Allgemeinen und auch nicht jener mit islamischem Hintergrund im Speziellen sein. Oben genannte Einschätzung entstammt den Sicherheitsbehörden, nicht unserer Partei. Insgesamt interessant an Ihren Vorschlägen, Herr Bürgermeister, ist aber der hohe Aufwand, der betrieben werden muss, um hier Migranten auf dem Weg in unsere Gesellschaft zu

begleiten. Wer ein Einwanderungsland sein will, sollte sich auch wie ein solches verhalten. Hier geht es um den verantwortungsvollen Umgang mit Migranten, auch unter dem Gesichtspunkt finanzieller und personeller Ressourcen. Wie viele Menschen kann ich aufnehmen, beherbergen und versorgen und letztendlich in unsere Gesellschaft integrieren? Keinen Sinn wird es machen, zu viele Menschen bei uns aufzunehmen und diese dann ohne Perspektive sich selbst zu überlassen, das führt zu Segregation der einzelnen Ethnien und letztlich zur Entstehung von Parallelgesellschaften, das kann doch wohl auch nicht das Ziel sein.

Ihre Maßnahmen sind sehr kostenintensiv und werden den Steuerzahler viel Geld kosten. Hätte man diese Umstände bereits erkannt, bevor uferloser Zuzug zugelassen wurde, hätte man Folgekosten im Rahmen halten können. Weiters bringt Ihr Vorschlag auch einige rechtliche Überlegungen, die noch der Klärung bedürfen und nicht dem Wirkungskreis der Stadt Graz unterliegen. Sie verweisen jetzt vielleicht darauf, dass Sie eventuell hier mit ihren Kollegen aus Land und Bund diskutieren könnten, hätten es aber auch schon tun können grundsätzlich. Ich darf nun an meine einleitenden Ausführungen erinnern, dass seit März 2000 aus den Reihen Ihrer Partei der Innenminister gestellt wird...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Mogel:** Bin ich gerade dabei. ...weshalb sich die Bemerkung aufdrängt, wollte die Volkspartei diese Probleme lösen, so wäre dies schon vor Jahren geschehen. Der Vorstoß von Ihnen könnte ein wahltaktischer sein, will ich aber jetzt nicht weiter bewerten. Ich komme hier zum

dringlichen Antrag

der freiheitlichen Partei. Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird höflich ersucht, das in seinem Interview mit der Kleinen Zeitung vom 2.2.2015 angekündigte Maßnahmenpaket dem Gemeinderat zu präsentieren. Hierbei bittet der Gemeinderat um eine genaue Darstellung der notwendigen rechtlichen Schritte und die damit in Verbindung stehenden notwendigen Koordinierungsmaßnahmen mit übergeordneten Gebietskörperschaften.

Ferner ist für den Gemeinderat die Frage der Finanzierung sowie eine erste Kosteneinschätzung von Interesse sowie abschließend ein erläuternder Zeitstrahl betreffend die Umsetzung dieser Maßnahmen. Der Gemeinderat hält fest, dass die Darstellung des Herrn Bürgermeisters dieses Maßnahmenpaket betreffend lediglich ein Bericht darstellen soll, einzelne daraus resultierende Maßnahmen müssten, so sie im Wirkungskreis der Gemeinde Graz liegen und auch dem Ressortprinzip unterliegen, einer gesonderten Beschlussfassung unterzogen werden. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Herr Gemeinderat, ich erlaube mir, gleich auch namens meiner Fraktion zur Dringlichkeit zu sprechen. Und entschuldigen Sie auch, dass ich das plötzliche inhaltliche Interesse dieser Diskussion für eine Mogelpackung halte. Es gibt nämlich einen Vorwurf da drinnen, so nach dem Motto, den Vorschlag, den ich gemacht hätte, der würde künftig zu viel Geld kosten. Ich möchte nur daran erinnern, dass eine Pegida-Demonstration mindestens 200.000 Euro, habe ich unlängst gelesen, an einem Abend kostet.

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Was kostet der Akademikerball?

Bgm. Mag. **Nagl**: Da ist auch immer die Frage, wer es auslöst, du weißt, ich bin da durchaus jemand, der die, die randalieren, auch... Aber mir geht es jetzt darum, dass Integration, und ich habe jetzt mein 18. und 19. Budget hier, wenn ich so sagen darf, miteinbringen dürfen, seit 17 Jahren darf ich in dieser Grazer Stadtregierung sein. In einem Monat werde ich 12 volle Jahre auch die Hauptverantwortung tragen dürfen und ich bin stolz darauf, dass in dieser Landeshauptstadt Graz Integrationsbemühungen immer gesetzt wurden und dass ich auch in meinen ersten fünf Jahren als Stadtrat großartige Lehrmeister auf der Regierungsbank vorgefunden habe, zwei im Speziellen, aber wenn ich sogar sagen muss, da waren noch mehr dabei, es waren Alfred Stingl, es war auch ein großartiges Zusammenarbeiten mit dem Helmut Strobl und auch mit Peter Weinmeister. Wir haben hier herinnen ein Fundament gelegt und stets daran gearbeitet, in allen Bereichen, in der Verwaltung, aber auch politisch, dass wir nicht Paris werden. Und ich bin auch sehr stolz drauf und bin auch glücklich, dass in Graz solche Zustände nicht nur jetzt im heurigen Jahr, sondern auch in den vergangenen Jahren, wo das Thema Zuwanderung ganz andere Auswüchse gehabt hat, brennende Autos, einfach Menschen, die keine Perspektiv haben usw., bei uns immer anders behandelt wurde. Wir sind Menschenrechtsstadt und wir haben immer was getan. Herr Gemeinderat Mogel, wenn Sie jetzt kommen und sagen, Herr Bürgermeister, Sie hätten da die letzten 12 Jahre schon was tun können, dann kann ich Ihnen auflisten, ich hätte es sogar vorbereitet, aber ich tue es gar nicht, weil Sie kennen die meisten Projekte eh, was wir für Integration tun und unsere Bemühungen laufen. Und das ist auch nicht das erste Mal, dass ich mich auch über die Stadtgrenzen hinaus

zu Wort gemeldet habe. Aber es ist mir ordentlich gegen den Strich gegangen, dass plötzlich auch Wortmeldungen zum Thema Integration von Persönlichkeiten kommen, die aus meiner Sicht so nicht durchführbar sind. Der Herr Landeshauptmann Franz Voves, der Herr Landeshauptmann Nissl haben zu Recht auch einmal gesagt, und das ist auch das, was ich der FPÖ zugute schreibe, Achtung, in unserem Land gibt es Zuwanderung, gibt es Unterwanderung, so wie wir es uns nicht wünschen. Und es war erstaunlich, dass auch von sozialdemokratischer Seite das einmal deutlich gesagt wurde. Die Maßnahmen, die dann nur gleich angekündigt waren, halte ich für, wenn ich so sagen darf, gelinde gesagt falsch, weil man mir erst einmal erklären soll, welcher Aufwand notwendig wäre, hinter jemandem nachzulaufen, um ihm zu beweisen, dass er integrationsunwillig ist und im nachher eine Strafe vorschreiben, dass dann der Besagte oder die betroffene Person, Geld haben sie ja keines, sie vielleicht dann eh wieder bei irgendeiner Einrichtung abholt, die dann durch uns gefördert ist, oder sie kommen gleich direkt, wenn ich so sagen darf, in Richtung Sozialamt und sagen, was soll ich jetzt tun und davon halte ich nichts und das habe ich auch den zuständigen verantwortlichen Redakteuren der Kleinen Zeitung gesagt und sie haben gesagt, haben Sie einen Gegenvorschlag? Habe ich gesagt, ja, ich hätte einen und einer meiner Lieblingsvorschläge, und ich habe mich gestern riesig gefreut, weil in irgendeiner Sendung beim Vorbeizappen habe ich das noch entdeckt, war endlich die Debatte einmal, dürfen Menschen bei uns arbeiten oder nicht arbeiten. Und sie haben es wunderbar verpackt heute auch drinnen in Ihren Ausführungen gerade vorhin. Menschen, die zu uns kommen, brauchen eine Perspektive und die fängt halt einmal bei der eigenständigen Verantwortung und Übernahme der Verantwortung in seinem Leben an und ist an einen Job geknüpft und wir hatten einen Städtetag vor wenigen Monaten hier in Graz, Bundesminister Hundstorfer war da, er hat mir halt leider wieder mitgeteilt, dass aufgrund von Wirtschaft und Gewerkschaft große Sorge da ist bei so viel Arbeitslosen, dass man jetzt nicht jeden, der zu uns kommt, gleich arbeiten lassen kann. So, Ende der Durchsage. Ich bekrittelle das, was auf Bundesebene hier passiert, das kostet uns jede Menge Geld und wird uns noch mehr Geld kosten und ich hoffe,

dass bald in Österreich es möglich sein wird, nicht zu Almosen irgendjemanden oder beim Sozialamt, wenn er kommt, eine Zukunftsperspektive aufzuzeigen, sondern zu sagen, ja, ich nehme dich bei der Hand und ich tu es. Das Thema Integrationslotse ist für all jene, die sich seit längerem mit dem Thema beschäftigen, auch nichts Neues. Ich darf es Ihnen dann übergeben, das sind die Integrationslotsenmodelle von Bonn in Deutschland. Viele Länder und viele Städte, vor allem die Städte und die Gemeinden, entwickeln unglaubliche Dinge und ich habe mir erlaubt anzumerken, dass es wahrscheinlich viel gescheiter wäre, einen Integrationspass als Begleitmaßnahme ins Leben zu rufen und zwar nicht als Landeshauptstadt Graz allein, wir können gerne darüber nachdenken, sondern dass wir das von der Bundesebene gemeinsam mit den Ländern, gemeinsam mit den Kommunen in Angriff nehmen könnten. Ähnlich einem Mutter-Kind-Pass, wo du einfach sagst, es gibt Auflagen und Dinge, die wir uns von den Zuwanderern erwarten, wenn sie diese erfüllen, bekommen sie das auch bestätigt, es gibt Integrationslotsen, die sie dabei begleiten und dieser Integrationslotse bestätigt zum Schluss mit einem Schlusstempel auch, dass er alle diese Anforderungen erfüllt hat. Und dann können wir darüber nachdenken, an was das in der jeweiligen Gebietskörperschaft auch gekoppelt wäre, dass du es bekommst oder nicht, welche Erfolge wir beim Mutter-Kind-Pass gehabt haben, ich bin für die Ausweitung des Mutter-Kind-Passes auch schon seit Jahren, das hört mir zu früh auf, das könnten wir durchziehen bis zum 10. Lebensjahr mit ärztlichen Untersuchungen, jetzt gerade mit dem Thema der Regulierungen, Zahnfehlstellungen und, und, und, auch sexuellen Übergriffen, alles das könnte, wenn ich so sagen darf, regelmäßig kontrolliert werden und erst dann gibt es aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zum Beispiel auch das Kindergeld. Und so ein Modell könnte ich mir im Integrationsbereich vorstellen, wir in der Stadt Graz tun auch sehr vieles und manches würdest du vielleicht dann halt nicht bekommen oder hast erst Anspruch, wenn du das erledigt hast. Das wäre endlich ein Begleitmodell und nicht ein Strafmodell, das, wie gesagt, ich schaue gerne zu, wenn du in die tschetschenische Familie gehst und sagst, wer von euch kann Deutsch nach fünf Jahren, was ich auch massiv kritisiert habe in unserer Republik und ich will es da noch

einmal tun, wir führen keinerlei Aufzeichnungen über Menschen, die zu uns gekommen sind. Wir haben keine Ahnung, was aus den, ich sage es jetzt einmal, bosnischen Flüchtlingen, vor zehn Jahren mit dem tschetschenischen Flüchtling, der vor drei Jahren zu uns gekommen ist, heute tatsächlich passiert ist. Haben unsere Maßnahmen gegriffen, weil wir viel Geld einsetzen, haben wir einen Erfolg mit unseren Modellen, wie geht es dem heute, sind sie Sozialfälle oder nicht, es gibt keine Statistik. Ich habe bei einer Diskussionsveranstaltung vor wenigen Wochen mit Siegfried Schrittwieser darüber diskutiert. Das sind die schweren Fehler, wir wissen gar nicht, wir sind zum Teil froh, sie kommen zu uns, da gibt es ein bisschen was und dann lasst uns bloß wieder in Ruhe und wenn dann aufgrund von Perspektivenlosigkeit, aufgrund von anderen Problemstellungen im Leben irgendwo das Fass überläuft, kommt der große Schrei, was können wir uns da noch alles einfallen lassen? In der Stadt Graz haben wir schon einfallen lassen und das sollte auch so weitergehen, wir sind da eine der wenigen Städte, die auch im internationalen Vergleich Best-Practice-Beispiele abliefern kann. Und dass wir Integrationsassistenz gehabt haben, all diese Dinge, die hat es nie gegeben. Lerncafés, es wird eine Integrationsstrategie geben, die der jetzt zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner in den nächsten Wochen dem Gemeinderat wieder vorlegen wird und ich habe mich sehr darüber gefreut, weil ich nicht immer dort nur positive Resonanz bekommen habe, dass sowohl der Menschenrechtsbeirat als auch der MigrantInnenbeirat gesagt hat, dass sie das Modell, das ich vorschlage, für gut heißen, heißt aber auch übersetzt, dass die Menschen, die zu uns kommen und einwandern, eigentlich damit einverstanden wären, dass sie begleitet werden. Und ich möchte es nicht unter dem Aspekt von Kosten gleich nur sehen, weil ich glaube, dass die Kosten, die wir haben durch die falschen Integrationsmaßnahmen, nach wie vor in unserem Land wesentlich höher, viel höher sind, als wenn man so vorgehen würde und davon bin ich überzeugt. Ich freue mich, dass der Thomas Rajakovics, der einmal auch für die Caritas in Kärnten und Steiermark in der Flüchtlingshilfe seine hauptberufliche Tätigkeit gefunden hat, an meiner Seite ist und ich bitte, das nicht falsch auszulegen, wir werden in Graz keinen eigenen Pass einführen können, aber ich transportiere es,

Sie haben es richtig schon angekündigt, selbstverständlich in Richtung Wien, selbstverständlich in Richtung Land, es dauert nur immer ein bisschen, bis das durchsickert. Und ich möchte daran erinnern, was wir für Diskussionen im Grazer Gemeinderat hatten, dass wir gesagt haben, Integration muss eine Aufgabe sein, die in der Stadtregierung verankert wird vor fast 20 Jahren oder vor 15 Jahren und dann haben wir es eingeführt. Damals wurde gesagt, Integration in Graz ist sicherlich Chef-Sache, wir haben es jetzt in der letzten Regierung auch aufgeteilt, wenn ich so sagen darf, der Bürgermeister ist von Haus aus dabei, und mit der Kollegin Elke Kahr und mit dem Kurt Hohensinner ist dieser Verantwortungsbereich noch vergrößert worden. Wir haben eingefordert, dass auf Landes- und Bundesebene endlich auch Regierungsfunktionen damit betraut werden sollen, dass heute eine Frau Landesrätin Bettina Vollath diese Aufgaben zugeteilt bekommen hat, ist von Graz ausgegangen, dass wir heute einen Staatssekretär und jetzt einen Minister bekommen haben auf Bundesebene, ist ein Grazer Vorschlag gewesen und ich traue mich auch wetten, dass das Thema des Integrations- oder Willkommenspasses oder begleitende Programme künftig einmal in der Republik Österreich auftauchen werden und jede Gebietskörperschaft soll dann selbst entscheiden, was tut sie für Integrationswillige, gibt sie was freiwillig oder gibt sie was nicht, das Straftema halte ich für vollkommen daneben und wer in den letzten Tagen und Wochen fast täglich alle Diskussions- und Aufklärungssendungen aufgrund der Dschihad-Vorfälle gesehen hat, der weiß eh, was in unseren Gefängnissen jetzt schon wieder los ist, wie viele Menschen da auswandern durften und auch wieder zu uns zurückgekommen sind traumatisiert. Es war auch kein Zufall, dass gerade die Grazer Polizei mit der Grazer Staatsanwaltschaft am meisten dahinter war, dass wir jene unter den Musliminnen und Muslimen auch herausfiltern, die keinen gemäßigten Weg und keinen Dialog mit anderen Religionen suchen, sondern die eben den falschen Weg gehen, das geht auch wieder von Graz aus. Das heißt, ich glaube, wir brauchen uns alle miteinander keinen Vorwurf machen, dass wir da was tun, ich hoffe, damit auch dargestellt zu haben, wie ich es meine, weil es ist auch nicht immer einfach, ein Interview zu geben und auf ein paar Zentimeter

Zeitungsseiten dann verkürzt zu werden, aber ich bedanke mich da wirklich ausgesprochen auch einmal bei der Kleinen Zeitung, weil die haben gesagt, du kritisierst das, was wäre dein Vorschlag und sie haben es dann gebracht und ich hoffe, dass Bund und Land solche Überlegungen zumindest einmal ins Kalkül ziehen. Viele Vorschläge hätten manche schon längst machen können und das Preisargument oder das Kostenargument lasse ich nicht gelten, weil aus meiner Sicht kostet uns das Thema Integration, so wie wir es jetzt betreiben über die Jahre, viel, viel mehr, als wenn man das vernünftiger angehen würden. Dankeschön (*Applaus ÖVP*). Das darf ich noch überreichen, das ist das Bonner Modell.

GR. **Mogel**: Ich glaube, ich bin da ein bisschen falsch verstanden worden. Wer den Antrag gelesen hat, kommt drauf, dass ich überhaupt keine inhaltliche Auseinandersetzung jetzt grundsätzlich hier in diesem Antrag verpackt habe. Hat auch einen ganz wesentlichen Grund, deswegen auch die Dringlichkeit. Wenn der Stadtoberste von Graz, Graz ist die zweitgrößte Stadt Österreichs, wenn Sie, Herr Bürgermeister, erlauben Sie mir die Formulierung, ist etwas flapsig, laut von der Kanzel tönen, irgendwelche Vorschläge und das dem Bund und dem Land so hinwerfen, dann ist das ein Gebot auch der Glaubwürdigkeit gegenüber unserer Bürger, hier ehebaldigst und zeitnah nicht jetzt wieder die gleichen Themen, die Sie eh im Interview gegeben haben, sondern das Ganze in ein Konzept zu packen. Das heißt natürlich nicht, das ist mir schon klar, dass nicht alles sofort umgesetzt werden kann und es ist mir auch klar, dass vieles nicht in dem Bereich der Stadt Graz liegt, dass Sie dann natürlich Gespräche führen. Aber in irgendeiner Art und Weise, wenn Sie doch so bewegende und konkrete, für sich ja offensichtlich konkrete Vorschläge hier präsentieren in der Zeitung, dass da dann doch ein bisschen mehr dahintersteckt als nur so allgemeine Zurufe nach außen. Deswegen für mich die Dringlichkeit, weil ich glaube, dass das was gerade Sie als Bürgermeister der zweitgrößten Stadt in Österreich hier zum Besten geben, dass das natürlich mit Inhalten für die Bürger auch nachvollziehbar gefolgt werden muss. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ein paar Dinge gäbe es, ich habe das bewusst am Anfang auch einfließen lassen. Ich erlebe es so selten, dass die freiheitliche Partei wirklich bei Integrationsmaßnahmen auch wirklich mitgeht. Also kürzlich haben wir zwei Stücke gehabt im Stadtsenat, wieder dagegen, wir kennen und wir kennen jetzt auch, wenn ich so sagen darf,...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Muttersprache Deutsch.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...weil ihr mit dem Thema Deutsch lernen kommt, das ist mittlerweile mehr als peinlich. Ich habe es heute auch mitgebracht, weil ich mir gedacht habe, dass es kommt. Aber wenn ihr „anpacken“ mit weichem B schreibt, wenn man bei der Hausordnung ein n vergisst und Sprache lernen sagt, dann sollte man, und wenn man nicht einmal richtig von seiner Schwesterpartei CSU abschreiben kann, dann ist mir das zuwenig und nicht nur mir und auch dem Gemeinderat und deswegen habe ich gesagt, halten wir das insofern für ein bisschen eine Mogelpackung. Es gibt bei euch ein richtiges Aufzeigen von Problemen, was ich mir so wünschen würde, ist auch ein Mitdenken in die Richtung, wie man die Probleme lösen kann, ohne immer gleich mit der Ausgrenzungskeule zu kommen und die wollen wir nicht. Und ich lade den Herrn Gemeinderat ein, Herr Gemeinderat Mogel, ich lade Sie ein, bei der Integrationsstrategie, die gerade vorbereitet wird, sich aktiv einzubringen, der Herr Stadtrat Hohensinner wird nicht darauf vergessen, einfach einmal auszuprobieren, welcher Weg funktioniert und welcher nicht. Mir hat einmal sehr gut gefallen die Wut-Rede eines deutschen Ministers, unter diesem Titel ist sie gefunden worden auf

YouTube oder ich habe sie dort auch entdeckt, und da hat der deutsche Außenminister einmal sehr deutlich einen Satz gesagt, ich hoffe, dass ich ihn so wiedergeben kann, er hat gesagt, er warnt vor denen, die immer nur schwarz/weiß zeichnen. Die einen sind die Guten und die anderen sind die Bösen, das hatten wir zu oft in der Geschichte und dieses Auseinanderdividieren funktioniert ganz schnell und es wäre halt einfach einmal wunderschön, wenn nicht nur einige, sondern vielleicht einmal alle Vorschläge machen würden, wie ein Miteinander gelingen kann und ich will es noch einmal da sagen, die Welt ist in vielen Punkten aus den Angeln geraten und wenn eine Million Menschen in etwa in Nordafrika übersetzen wollen und das mittlerweile, wenn ich so sagen darf, bald einmal mit einem Holzkisterl schon ausprobieren, von Schiffen kannst ja gar nicht mehr reden, dann werden wir uns in diesem Europa mit diesem Thema zu befassen haben. Aber es wird nicht gehen, dass wir alle Grenzen immer gleich dicht machen, es wird nicht funktionieren.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Wir werden aber nicht alle aufnehmen können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das können wir auch nicht und wir schicken ja auch viele zurück, wir waren auch in manchen Punkten zu großzügig bei der Aufnahme, auch das wissen wir, das ist so, aber, und bitte nicht vergessen, wir sind eine Menschenrechtsstadt und wir haben jetzt 155 Nationen da und wir sind eine Gesellschaft, die stark überaltert und zuwenig Kinder bekommen hat.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Das Pensionsargument.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das ist nicht ein Pensionsargument, das ist ein Argument, das ganz normal ist. Wenn Sie heute wissen, dass immer weniger Österreicher da sind, dann wird es nicht so sein, dass auf einmal nur mehr vier Millionen da in Österreich leben, das ist eine Utopie und die meisten, die da leben, haben ja sowieso einen Migrationshintergrund. Wir tun ja alle so, als hätten wir ihn nicht, wir müssen nur in unseren Familiengeschichten ein bisschen zurückblättern, würde vielen einmal gut tun, einfach einmal zurückzublättern und zu schauen, wo denn die Uroma oder sonst wer hergekommen ist, dann hätten wir diese ganze Debatten vielleicht ein bisschen weniger und deswegen...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Und wer alles ausgewandert ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...und wer von uns ausgewandert ist und wer zu uns gewandert ist. Zum Schluss geht es ums Menschsein, heute am Vormittag haben wir eine Trauersitzung hier abgehalten von einer Persönlichkeit, die genau in diesem Punkt immer gewirkt hat, nämlich Menschenrechte und Kultur, und das sollten wir auch als Stadt Graz nach außen tragen. Ich entschuldige mich, dass ich zu lange war (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Konkrete Maßnahmen zur Feinstaubbekämpfung endlich umsetzen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ja, das stimmt, ich hätte gerne, dass bald, sehr bald und sehr dringlich meiner Meinung nach auch etwas gegen die derzeitige Feinstaubsituation in Graz passiert. Wir haben ja doch, Sie erinnern sich, wie früher Winter sein konnten, wir haben doch relativ milde Temperaturen und trotzdem ist das Thema Feinstaub wieder in aller Munde. Die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung, besonders auf Kinder und ältere Menschen, sind gravierend. Wir haben das negative Image einer Feinstaubhauptstadt, was nicht zuletzt auch Auswirkungen haben könnte, und das dürfen wir nie vergessen, auch im wirtschaftlichen Kontext, so könnte es doch eines Tages zu Erschwernissen bei Betriebsstätten-Genehmigungen kommen, also summa summarum herrscht dringender Handlungsbedarf. Wie Sie alle wissen, gibt es in Österreich seit dem Jahr 2010 das Immissionsschutzgesetz Luft, uns allen als IG-L bekannt, das einen Grenzwert von Feinstaub, also PM10, festlegt von maximal 25 Überschreitungstagen. Nach EU-Recht sind es maximal 35 Überschreitungstage, die zulässig sind. Die Grenzwerte werden in Österreich regelmäßig überschritten, vor einigen Jahren waren es noch 100 Überschreitungstage, es ist in den letzten Jahren etwas zurückgegangen, was sicher auch an der Wettersituation, also an den wärmeren Wintern, liegt und auch an dem Ausbleiben von länger andauernden winterlichen Inversionssituationen. Tatsache ist, im Jahr 2014 hatten wir statt 25 37 Überschreitungstage und seit Anfang 2015 haben wir bereits 23 Überschreitungstagen

von 25 eigentlichen erlaubten erlebt. Diese zuletzt genannten Fakten dürften keine Grundlage für die medial transportierten Darstellungen des zuständigen und untätigen Landesrates Kurzmann sein, der nicht mehr und nicht weniger versucht, als die Feinstaubproblematik im steirischen Zentralraum als gelöst darzustellen, entgegen aller vorliegenden Daten und Fakten. Während es in der Ursachenbekämpfung, gerade was das Thema Heizung betrifft, durch gezielte Maßnahmen, ich nenne hier die Fernwärmeumstellung, bereits zu einigen Verbesserungen gekommen ist, hinken wir in anderen Bereichen bei der Ursachenbekämpfung sehr stark nach. Besonders möchte ich hier den Individualverkehr nennen. Ich habe in meinem Antrag die rechtlichen Rahmenbedingungen sehr detailliert dargestellt, werde das jetzt nicht vorlesen die Gesetze, es gibt einfach ein Emissionsschutzgesetz Luft, es gibt eine EU-Richtlinie, es ist so, dass über Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung sowie des Gemeinderates der Stadt Graz Maßnahmenpläne für eine mittel- und langfristige Verminderung der Feinstaubbelastung festgelegt wurden. Allseits bekannt ist, dass seit dem Jahr 2008 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich läuft, es gab eine Fristverlängerung bis 11. Juni 2011 und zwar gab es die deshalb, weil davon ausgegangen wurde, dass die lang versprochene Einrichtung einer Umweltzone erfolgt und dazu kommt, relativ neu, dass der Gerichtshof der Europäischen Union am 19. November 2014 bestätigt hat, dass die Gerichte bei Nichteinhaltung der Luftqualitätsgrenzwerte die säumigen Behörden zu den notwendigen Maßnahmen verpflichten müssen. Anlassfall war die Stickstoffdioxidbelastung aus dem Straßenverkehr und dem Hausbrand in London. Wir haben uns im Jahr 2013 beginnend mit dem Frühjahr bis zum November sehr intensiv beraten im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und es wurde dann die Evaluierung des 5. Maßnahmenplans und der 6. Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung beschlossen. Konkret hat es da geheißen: Unter der Federführung der jeweilig angegebenen Ämter und unter Mitarbeit der genannten sowie weiterer in Frage kommender Ämter und der Holding Graz im Rahmen der jeweils gültigen Leistungsvereinbarung sollen die im Motivenbericht genannten Projekte weiter

ausgearbeitet und bewertet sowie den zuständigen Organen zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Und ein weitere Punkt hat geheißen: Der Gemeinderat fordert die gemäß Motivenbericht mit Einzelmaßnahmen befassten Ämter auf, für umsetzungsreife Maßnahmen die finanziellen und finanztechnischen Erfordernisse auszuarbeiten und den fachlich zuständigen Gemeinderatsausschüssen vorzulegen.

Mittlerweile sind 15 Monate vergangen und es hat zwar die von mir schon zitierten Erfolge im Bereich Energie, im Bereich der Heizungsumstellung gegeben, es gab auch einen Zwischenbericht der Verkehrsabteilung über aktuelle Planungen sowie bereits gesetzte Maßnahmen. Von allen anderen Abteilungen, und zwar sind das Stadtplanung, Bau- und Anlagenbehörde sowie die Abteilung Grünraum, gibt es seit 15 Monaten trotz eines Gemeinderatsbeschlusses keinen Bericht zu Einzelmaßnahmen. Was jetzt die vor allem dringend notwendigen Maßnahmen zur Reduktion der Kilometerleistungen im motorisierten Individualverkehr betrifft, fand schon damals im Umweltausschuss keine mehrheitliche Beschlussfassung statt, nichtsdestotrotz gibt es da dringenden Handlungsbedarf, wie wir einfach aufgrund der Feinstaubsituation sehen und wir müssen alles daransetzen, dass die Situation für die Grazer Bevölkerung rasch verbessert wird. Untätig ist aber auch die Stadt Graz und die Holding Graz, was den Austausch der alten Euro-3-Busse betrifft, es fahren wirklich noch Euro-3-Busse in Graz und zwar ist es so, dass die 10mal so viel an Schadstoffen und auch Feinstaub emittieren wie moderne Dieselse.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

- 1) Der Bürgermeister der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl, wird beauftragt, am Petitionsweg an das Land Steiermark und den zuständigen Landesrat Gerhard Kurzmann heranzutreten und sie aufzufordern, das Luftreinhalteprogramm des Landes Steiermark beziehungsweise auch bereits bestehende Maßnahmen

konsequent umzusetzen, weiters jene Abteilungen im Haus Graz, die bis dato keinen Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung der im 6. Maßnahmenkatalogs zur Feinstaubbelastung der Stadt Graz definierten Maßnahmen abgegeben haben, aufzufordern, diesen auszuarbeiten und umsetzungsreife Maßnahmen dem zuständigen Ausschuss im März 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen. Weiters, die Verkehrsabteilung der Stadt Graz aufzufordern, zu den im Motivenbericht genannten Maßnahmen zur Reduktion der Kilometerleistungen beim motorisierten Individualverkehr einen detaillierten Informationsbericht über Möglichkeiten der Umsetzung in der Gemeinderatsitzung im März 2015 vorzulegen.

- 2) Weiters wird Stadtrat Gerhard Rüscher als zuständiger Beteiligungsreferent aufgefordert, einen konkreten Zeitplan für den Austausch der alten Euro-3-Busse ebenfalls bis zur Gemeinderatssitzung im März 2015 vorzulegen.

Das Thema ist wirklich dringend und daher bitte ich um Annahme der Dringlichkeit und auch des Inhaltes (*Applaus Grüne*).

Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Antragstellerin! Feinstaubthema kommt natürlich immer wieder im Gemeinderat, so wie das Amen im Gebet, und auch wenn die Grünen nicht weiter wissen, rufen sie die EU an, das ist uns auch allen klar. Zur Sache selber, wir befinden uns am Beginn des Jahres, mitten in einer Heizperiode, da sind die Werte immer erhöht, das ist halt heuer auch kein sonderlicher Effekt, das haben wir jedes Jahr und abgerechnet wird am

Jahresende. Das heißt, wir werden uns da jetzt nicht nervös auf irgendwelche Dinge stürzen, es ist so wie jedes Jahr, am Jahresende wird abgerechnet, die Überschreitungen sind minimal und das eine haben Sie eh schon angeführt, das Wetter liegt weder in Ihrer Kompetenz noch in unserer Kompetenz, wir werden auch mit dringlichen Anträgen die Wetterlage nicht beeinflussen. Die Maßnahmen finden statt, brauche ich nicht darauf eingehen, das wird eh alltäglich durch die Medien gekaut, es passiert was, damit der Feinstaub bekämpft wird, daher ist der Antrag abzulehnen (*Applaus FPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Liebe Antragstellerin, liebe Andrea! Ich möchte schon einmal darauf hinweisen, vielleicht sollte man das auch in ein paar Sätzen hier noch einmal ansprechen. Wir sind ja, und ich auch, mit einem kleinen Zwischenraum von eineinhalb Jahren immer wieder im Umweltausschuss mit Themen beschäftigt, mit Maßnahmenkatalogen beschäftigt, du hast sie angeführt und es ist schon so, dass wir tatsächlich immer wieder bemüht sind, diese Maßnahmen auch in eine Umsetzungsphase zu bringen, das ist also schon ein Ansinnen gewesen, das immer wieder auch von dem zuständigen Stadtsenatsmitglied, also von unserer Stadträtin Rucker, immer wieder auch in die Diskussion eingebracht wurde und es ist schon so, dass es offensichtlich, darf ich das jetzt etwas salopp anmerken, die Kommunikation zwischen der Umweltstadträtin und dem im Land zuständigen Landesrat offensichtlich diese Kommunikation etwas holprig zu sein scheint, denn es kann ja durchaus oder wäre durchaus sinnvoll, wenn diese direkte Kommunikation, was jetzt die Umsetzung von Maßnahmen betrifft, durchaus auf dieser Ebene stattfinden könnte. Sodass wir uns eigentlich immer wieder diese Diskussion der Maßnahmen, die wir ohnedies in Umweltausschüssen schon wirklich eingehend diskutiert haben und auch beschlossen haben, dass das vielleicht auf kurzer Ebene zu einer Weiterführung dieser Maßnahmen kommt, das würde ich einfach anregen wollen. Auch wenn es schwierig genug ist, wir

haben schon vorher einmal kurz darüber gesprochen. Es ist so, dass wir durchaus dem Punkt 1 mit dem Maßnahmenkatalog, das du jetzt angeschnitten hast, durchaus zustimmen können, auch der Dringlichkeit. Dem Punkt 2, der scheint mir etwas schwierig zu sein, nicht nur, weil unser Stadtrat Rüschi jetzt aufgeführt wurde, sondern weil er einfach der Zeitraum jetzt diese Umstellungssituation in dieser kurzen Zeit, wo jetzt der zweite Gesamtfinanzierungsvertrag erst wieder in heftige Diskussion ist, ich denke, dass das etwas schwierig sein wird, in diesem kurzen Zeitraum das umzusetzen. Also das heißt, dem Punkt 2 jetzt würde von uns die Dringlichkeit abgesprochen werden.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Mitglieder der Regierung, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen und Kolleginnen, liebe Andrea! Danke für den Antrag, ich glaube, dass der gut und notwendig ist. Wir alle haben das letzte Woche auch miterlebt und wieder mit Schrecken auch gespürt, wie ernst die Situation die Grazer Luft betreffend auch ist. Leider stehe ich, obwohl ich erst kurz im Gemeinderat bin, jetzt schon das dritte Jahr am Ende des Winters an dieser Stelle und muss wieder über Feinstaub reden und ich erinnere mich ebenfalls mit Schauern an die Umweltausschusssitzungen, wo wir über die Prüfung der Reduzierung des individualmotorisierten Verkehrs diskutiert haben und zwei Fraktionen leider verhindert haben, dass auch nur die Modelle näher geprüft werden sollen. Deswegen werden wir dem natürlich auch zustimmen und interessant finde ich die Wortmeldung des freiheitlichen Kollegen, politische Bildung ist wichtig und gehört unbedingt in den Unterricht mit rein, unter anderem vielleicht auch, wie die Abläufe so in der Europäischen Union funktionieren und ich glaube, uns allen drängt sich jetzt ganz schön das Bild auf, wenn Lisa Rücker quasi die EU anruft in Brüssel und da kann ich nur einmal eine Exkursion vielleicht nach Brüssel empfehlen, um das ein bisschen zu vertiefen. Ja, wir werden daher dem ersten Punkt natürlich zustimmen, ich glaube, es

ist notwendig und ich wünsche mir auch, dass die Maßnahmen, die in diesem Paket sehr sorgfältig auch vom Umweltamt sehr sorgfältig aufgelistet wurden, auch ernst genommen werden von den Ämtern und auch weiter verfolgt werden. Dem zweiten Punkt können wir allerdings diesmal nicht zustimmen, weil es schlichtweg mit großen Budgetauswirkungen verbunden ist und nachdem wir auch die Verantwortung für dieses Doppelbudget übernommen haben, würden wir uns selbst widersprechen, wenn wir jetzt diesem Punkt hier zustimmen würden, so leid es mir persönlich inhaltlich auch tut. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

StR.ⁱⁿ **Rücker** zum Antrag: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es gibt kaum einen politischen Bereich, wo das Wissen in den Fachbereichen so weit auseinanderklafft mit dem, was im politischen Handeln dann umsetzbar wird. Ich hatte letzte Woche am Freitag einen Bericht von den hochkarätigsten KlimaforscherInnen Österreichs Kromp-Kolb, wir kennen sie alle, Jürgen Schneider, der auch schon in Graz von mir eingeladen wurde, aus dem Umweltbundesamt ist, die haben berichtet und haben uns wieder einmal auf den Tisch gelegt, was alles nicht passiert, beziehungsweise auch mit großer Verzweiflung berichtet, dass so viel Evidenz inzwischen da ist und so viel Wissen über das, in welche Richtung es gehen müsste und dass die große Verzweiflung immer dann stattfindet, dass die Expertise zwar gehört wird, aber de facto nicht zum Tun führt. Und jetzt wollte ich das deswegen einfürend sagen, weil es auch an dieser Frage, die du aufgeworfen hast, Georg Topf, wie das jetzt ist mit dem Zusammenspiel zwischen Land und Stadt in Fragen Feinstaub oder Luftsituation, weil wir reden bitte nicht nur über Feinstaub, sondern auch seit dem letzten Maßnahmenplan über NOx, das zu 70 % verkehrsverursacht ist, da brauchen wir nicht mehr über Heizperioden reden, es ist,

die Evidenz passiert, 70 % verkehrsverursacht durch motorisierten Verkehr. Das Problem ist Folgendes: Auf der fachlichen Ebene, und da wird mir Herr Abteilungsvorstand Prutsch zustimmen, gibt es große Übereinstimmung, wo und was an Handlungsbedarf da ist. Und auch die Experten und Expertinnen, die regelmäßig, und wo eine gute Kooperationsbasis zwischen unseren Ämtern und den Ämtern des Landes stattfindet, zusammensitzen, kommen immer wieder zu denselben Schlüssen, es ist wichtig was beim Heizen zu tun, ja, da tun wir auch, was wir können, wie wir wissen und es ist auch wichtig in anderen Bereichen anzusetzen. Und es gibt immer einen Bereich, wo auch gesagt wird, da muss man dringend was tun, nämlich bei der Frage, was tun wir mit dem motorisierten Individualverkehr? Ich sage es klar, damit wir es offen aussprechen, beim Autoverkehr. Weil das will ja keiner mehr aussprechen. Das ist alles klar, auf der politischen Ebene dann, und das ist wieder das, was wir in dem Ausschuss, was die Frau Kollegin Marak-Fischer wieder angesprochen hat, so deutlich erlebt haben, im Ausschuss, wir hatten hochkarätige Referenten/Referentinnen, wir haben das Angebot mehrfach gemacht aus dem Umweltbereich und ich glaube, dass der Umwelt- und Gesundheitsausschuss wirklich der Ausschuss ist, wo hochkompetent regelmäßig Informationen zur Verfügung gestellt werden, also es mangelt nicht am Wissen. Es mangelt einfach am politischen Willen, bei einem heißen Thema in dieser Stadt hinzugreifen und sich endlich etwas mutiger zu gebärden. Wir sind den Menschen in dieser Stadt endlich schuldig, Klartext zu sprechen, sagt dann bitte endlich, nein, wir wollen nichts tun und der Herr Lohr hat es eh schon sehr klar zum Ausdruck gebracht, es juckt die FPÖ einfach nicht, das habt ihr ganz klar jetzt zum Ausdruck gebracht. So sieht man es ja auch beim Herrn Landesrat, aber es hat leider auch gezeigt, dass auch in dem Ausschuss leider auch die ÖVP uns lange hingehalten hat, lange immer wieder neue Fragen gestellt hat, Dinge infrage gestellt hat, die de facto am Tisch gelegen sind, um ja nicht zu dem Punkt kommen zu müssen zu sagen, eigentlich wollen wir einfach beim Autoverkehr nicht hingreifen, weil das verschreckt uns die Wähler und die Wählerinnen. Es ist immer dasselbe Thema, wir kennen es jetzt seit Jahren, es ist einer der Punkte, der gelöst gehört, jeder Fachexperte, jede

Fachexpertin wird es uns immer wieder bestätigen, auch übrigens im Klimaschutz, die stärkste Zunahme, wenn es um die Treibhausgase geht, kommt aus dem Verkehr. Es ist in Österreich offensichtlich nach wie vor ein Tabuthema und es ist politisch gemacht und nicht von der Fachebene. Insofern ersuche ich um dringliche Annahme, aber auch um ein über den Schatten Springen, sagt den Menschen die Wahrheit und wenn ihr sagt, ihr wollt das nicht tun, dann sagt es und redet nicht immer von dem, dass man alles Mögliche tun muss (*Applaus Grüne*).

GR. **Dreisiebner**: Vielleicht auch ein Hinweis, die ausführliche Beteiligung an diesem doch sehr wichtigen Inhalt. Ich möchte...

StR. **Hohensinner**, MBA: Ganz kurz zur Aufklärung zur Dringlichkeit kann man von der Fraktion, die den Antrag stellt nicht Stellung beziehen, zum Inhalt schon.

GR. **Dreisiebner**: Ich bedanke mich beim Herrn Vorsitzenden. Ich möchte nur ganz kurz noch auf zwei/drei Punkte eingehen. Das Wichtigste hat Lisa Rücker gesagt, ich möchte auf eines eingehen, was der Kollege Georg Topf hier so quasi in den Raum gestellt hat, Lisa Rücker und Landesrat Kurzmann können nicht miteinander und deswegen geht da nichts weiter. Das ist in einem demokratischen System, wo wir Mehrheiten brauchen, wie wir alle wissen und wie du weißt, Georg Topf, nicht die ganze Wahrheit, nicht einmal die halbe Wahrheit, weil die Maßnahmenpakete ja vorliegen und eigentlich weiter bearbeitet werden müssten. Genau das passiert halt nicht und ich kann den Ball sofort aufnehmen und zurückspielen, wie lange ist es her, sieben/acht Monate, gab es

eine große Pressekonferenz des Herrn Bürgermeisters mit der gesamten Stadtregierung zur ÖV-Finanzierungsoffensive. Wir gehen zum Bund, wir gehen zum Land, was ist denn das Ergebnis des Ganzen? Also könnte ich auch sagen, da stimmt die Harmonie und die Kommunikation nicht, aber ich unterlasse das. Das Zweite, das Ablehnen des Unterpunktes 2, nämlich die Maßnahmen auszuarbeiten und zur Umsetzungsreife zu bringen und somit zu präsentieren, abzulehnen mit Verweis auf das Budget, also das, liebe Alexandra, das halte ich auch für nicht ganz plausibel, weil diese Maßnahmenpakete auszuarbeiten ist, glaube ich, nicht budgetschlagend, sie dann umzusetzen, das ist ein nächster Schritt, aber das müsste in weiteren Schritten passieren. Und ganz zum Schluss, da ist eh nicht so viel gesprochen worden, möchte es aber nicht unter den Tisch fallen lassen, uns auch sehr wichtig, dass wir auch als Haus Graz, Holding Graz Linien beziehungsweise der Herr Stadtrat Rüschi, der ja im vierten oder im letzten Punkte ja etwas abgesetzt ist, weil er eben nicht den Herrn Bürgermeister auffordert, ersucht wird, die Euro-3-Busse auszutauschen beziehungsweise einen konkreten Zeitplan vorzulegen, da freue ich mich auf eine große Zustimmung, weil hier können wir zumindest einmal eine Vorbildwirkung ansetzen, wenn manches andere auch ein bisschen wieder leider liegenbleibt. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer**: Wir beantragen getrennte Abstimmung.

StR. **Hohensinner**, MBA: Dieser Antrag zur getrennten Abstimmung steht. Wer ist dafür, dass wir getrennt abstimmen?

Der Antrag über getrennte Abstimmung wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Herr Stadtrat, liebe KollegInnen, das Schlusswort wird ganz kurz, weil meine Kollegin Stadträtin Lisa Rücker und mein Kollege, der Herr Gemeinderat Dreisiebner, eigentlich schon alles gesagt haben. Ich freue mich sehr, dass zumindest der erste sehr umfassende Punkt mit einer großen Mehrheit angenommen wird, ich habe auch noch die Beratungen im Umweltausschuss in so guter Erinnerung, wirklich über alle Fraktionen hinweg war das eine hervorragende Zusammenarbeit und die werden wir jetzt bald fortsetzen und ich hoffe dann bis zum nächsten Winter, dass wir neue Maßnahmen beschließen werden und dann nicht wieder wie heuer in einer Situation mit bereits 23 Überschreitungstagen stehen. Danke vielmals (*Applaus Grüne*).

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

9) Parteienfinanzierung

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt namens der Grünen und der Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Nicht ganz neu das Thema, aber leider noch immer notwendiger, dringender als denn je, wie auch immer, auch wieder diesmal unterstützt, und danke für die treue Unterstützung, vom Piraten, er ist mit auf den Antrag gegangen. Es geht um Parteienfinanzierung. Ein wesentlicher Bestandteil von demokratischen Gesellschaften sind politische Parteien. Wir Grüne bekennen uns zu Parteien und wollen die Unabhängigkeit der Parteien unterstützen, auch durch öffentliche Subventionen für Parteien. Allerdings darf und soll die Öffentlichkeit für diese Unterstützung auch eine Gegenleistung erwarten. Eine notwendige Gegenleistung ist die Transparenz der Parteienfinanzierung. Die Gründe für diese Transparenz brauchen in Zeiten wie diesen wohl nicht näher erläutert werden. Das ist einfach ein grundsätzliches Statement der Grünen, dass wir zur öffentlichen Parteienfinanzierung stehen, vielleicht nicht ganz in diesem Umfang, der in Graz herrscht, darüber kann man diskutieren, aber prinzipiell ist das natürlich was Notwendiges, weil damit ja an sich die Unabhängigkeit der Parteien gefördert und unterstützt wird.

Die Stadt Graz unterstützt die im Gemeinderat vertretenen Parteien und ihre Klubs mit über 2 Millionen Euro jährlich. Erst vor kurzem haben sich Vertreter mehrerer Parteien für mehr Transparenz im Zusammenhang mit Parteienfinanzierung und Wahlkampfabrechnungen ausgesprochen. Um diesen Worten auch Taten folgen zu lassen, es heißt immer, Politik redet nur, stelle ich hier diesen dringlichen Antrag.

Im Konkreten ist darauf hinzuweisen, dass rund die Hälfte der Subventionsmittel der Stadt an Parteien ausgeschüttet wird. Diese unterliegen dem Parteiengesetz 2012 und den dortigen Bestimmungen. Dort ist auch einiges geregelt, vielleicht ein wenig verbesserungsbedürftig, aber da gibt es zumindest ein Bundesparteiengesetz, ein Landesparteiengesetz, im Bundesparteiengesetz steht schon einiges drinnen.

Die andere Hälfte der Subventionsmittel wird nicht an die Parteien, sondern an die Gemeinderatsklubs ausgeschüttet. Die Regelung dazu ist nicht sehr umfangreich,

deren Einhaltung wird von zwei Wirtschaftsprüfern kontrolliert. Sie kennen einerseits das Stück, das wir im Dezember 2013 dazu beschlossen haben, Sie kennen jetzt auch das Prozedere, die Prüfung läuft gerade, wird in den nächsten Tagen abgeschlossen sein, wir werden darüber berichten, aber es ist so peinlich, dass ich es hier noch einmal darstellen muss. Die ganze Regelung besteht im Großen und Ganzen aus dem einen Satz: Die vorgesehenen Mittel zur Finanzierung der Klubarbeiten beziehungsweise der Arbeit der politischen Mandatäre sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben einschließlich der Öffentlichkeitsarbeit zu gewähren.

Wer aufgrund eines solchen Satzes über eine Million ausschüttet, der wird sich nicht wundern, wenn hier keine Transparenz folgt und dergleichen.

Vor dem Hintergrund unerfreulicher Erfahrungen mit der Parteienfinanzierung in Österreich und auch in Graz sollten wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, damit die Parteienfinanzierung und auch die Finanzierung der Klubs zukünftig möglichst transparent abläuft und Missbrauch so weit wie möglich schon im Vorfeld unterbunden wird.

Wir in diesem Gemeinderat haben vor kurzem, ich glaube das ist zirka ein Jahr her, den Beitritt zur Transparency International unterstützt, den wir Grüne auch ausdrücklich unterstützen, wird sind damit aber eine Selbstverpflichtung eingegangen. Transparency International verweist im Zusammenhang mit Parteienfinanzierung, man kann es auf der Homepage nachlesen, beispielsweise auf das Ministerkomitee des Europarats, das bereits 2003 unter anderem folgende Regelungen vorgeschlagen hat. Ich zitiere auszugsweise: Maßnahmen zur Begrenzung von Wahlkampfausgaben, spezielle Aufzeichnungen für Wahlkampfausgaben, Sie kennen, dass ich diese Forderung schon öfter gestellt habe und Sie werden auch wissen, dass das brandaktuell ist. Veröffentlichung konsolidierter Bilanzen, alle Verpflichtungen sollen von unabhängigen Behörden überprüft werden und Verstöße sanktioniert werden. Hier steht nicht Wirtschaftsprüfer, hier steht unabhängige Behörden. Liebe Leute, wir sind dort Mitglied bei diesem Verein, wir sind stolz darauf und wir halten uns nicht an das, was dort vorgesehen ist.

Vor allem im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger müssen wir auf mehr Transparenz und weniger Korruption und andere Vergehen bei der Finanzierung der politischen Arbeit achten. Wir dürfen nicht länger säumig bleiben.

In diesem Sinne sollten wir gemeinsam unsere wichtige Ressource, in diesem Zusammenhang wichtigste Ressource, den Grazer Stadtrechnungshof, nutzen und ihn ersuchen, parteiunabhängig über eine Novellierung der Subventionsbestimmungen für die Finanzposition „Förderung der politischen Arbeit“, diese gut zwei Millionen, um die es geht, nachzudenken und Verbesserungsvorschläge im obigen Sinn zu entwickeln. Weil der Herr Stadtrechnungshofdirektor geschmunzelt hat, bewusst ersuchen, es ist ein unabhängiger Stadtrechnungshof, das soll er auch bleiben, er soll uns zuarbeiten und er soll uns Vorschläge machen, wie es vielleicht besser geht. Solche Vorschläge nicht anzunehmen, kann ich mir ja kaum vorstellen, also nicht einmal die Vorschläge hören zu wollen. Aber ich weiß nicht, ich habe schon einiges gehört, dass es vielleicht auch nicht geht.

Deshalb stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat ersucht den Grazer Stadtrechnungshof, eine Novellierung der Subventionsbestimmungen für den Bereich „Förderung der politischen Arbeit“ im Sinne des obigen Motivenberichtes zu erarbeiten und dem Gemeinderat darüber, wenn möglich bis Juli 2015, Bericht zu erstatten.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zur Dringlichkeit: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Gerhard Wohlfahrt! Ursprünglich dachte ich, ich kann ähnlich beginnen wie beim FPÖ-Raumordnungsantrag, dass ich jedes Wort praktisch unterschreiben könnte. Absatzweise kann ich das, wenn du forderst, dass Parteien im Zusammenhang mit Parteienfinanzierungen Maßnahmen zur Begrenzung von Wahlkampfausgaben, überprüft der Rechnungshof, spezielle Aufzeichnungen für Wahlkampfausgaben überprüft der Bundesrechnungshof, veröffentlicht Konsolidierung der Bilanzen macht der Bundesrechnungshof und er ist eine unabhängige Behörde und Verstöße dagegen werden sanktioniert. Also ein beachtlicher Teil ist heute Realität bis hinunter zur Gemeinderatsfraktion, im Rahmen Ihrer Partei. Als Wahlpartei, die Gelder, die wir als Wahlpartei erhalten, werden überprüft vom Bundesrechnungshof. Das ist abzuholen und erfüllt. Wortgetreu gemäß deinem Antrag und auch des Transparency International. Der andere Teil, und das ist der geringere Teil, sind die Klubmittel, die direkt an die Klubs gehen, hier haben wir ein Landesverfassungsgesetz über die Klubfinanzierung praktisch wörtlich abgeschrieben bewusst, um hier nicht eigene Rechtsbereiche zu schaffen und die Überprüfungen, und wie ich höre, ich plaudere da aus dem Nähkästchen, sind unsere Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, die das zu überprüfen haben, zum Teil mit allergrößter, und ich sage jetzt aus Laie unerwarteter, Akribie dabei, diese Finanzen der einzelner Klubs sorgfältigst zu prüfen und warten wir zumindest einmal die Erfahrungswerte ab, bevor wir jetzt Anträge stellen. In diesem Sinne, ich brauche nicht mehr den Schlusssatz sprechen, sind wir gegen deinen Antrag, nochmals zum Teil übererfüllt, zum Teil offen und warten wir das ab (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich bin nicht erstaunt, ein bisschen verwundert bin ich schon. Es ist ein bisschen Verweigerung, aus der Geschichte zu lernen, dass mit mehr Transparenz, sagen wir es anders, dass das, was wir aus den Untersuchungsberichten der Staatsanwaltschaften das Gleiche jetzt lesen müssen, dass das Zufälle sind, das glaubt

ja niemand. Also wir werden einfach schauen müssen, dass wir dieses Umfeld klar unter Kontrolle bekommen und da gibt es jetzt null Bereitschaft, hier irgendetwas zu verändern. Wir wissen, dass es Anlassfälle gibt, leider Gottes, ich finde es ist eigenartig, dass eine Partei, die auch darunter leidet, dass ihre Verfahren ewig dauern, nicht bereit ist, Richtung mehr Transparenz zu gehen. Das andere konkret zu dem, was der Kollege gesagt hat. Ja, es stimmt, im Bereich der Parteien gibt es die Prüfung durch den Bundesrechnungshof, es gibt keine relevante Wahlkampfkostenbeschränkung auf Ebene der Stadt Graz, wir haben die vom Bund mit sieben Millionen, ja sieben Millionen wird nicht greifen, da kommt natürlich nur die ÖVP heran an sieben Millionen, also da gäbe es einigen Verbesserungsbedarf, aber man ist ja nicht einmal bereit, sich das anzuhören, was es an Verbesserungsbedarf gibt. Man ist nicht bereit, den Stadtrechnungshof hinschauen zu lassen und es geht ja auch vor allem um die zweite Hälfte, um die Unterstützung der Klubs. Hier gibt es gut wie gar keine Regelungen, weil die drei Zeilen, die ich verlesen habe inhaltlicher Art, ich glaube, über die brauchen wir nicht diskutieren, es interessiert mich nicht wirklich, wie man Wirtschaftsprüfer davon überzeugen kann, was Öffentlichkeitsarbeit ist. Das kann es wohl nicht sein, da kann ich alles drinnen verpacken, die formale Abrechnung schaut der Wirtschaftsprüfer schon an, aber alles andere schaut der Wirtschaftsprüfer nicht an. Und ich bin schon sehr verwundert, dass man nicht bereit ist, vom Rechnungshof sich Vorschläge machen zu lassen, wie es vielleicht besser gehen könnte. Selbstverständlich ist das Ersuchen an den Stadtrechnungshof bis Juni so gewählt, dass natürlich sämtliche Erfahrungen aus den jetzigen Prüfungen miteinarbeiten könnten. Aber ich glaube, da lässt man wieder lieber Zeit verstreichen, probiert, das wieder rauszuschieben, wir sind hier wirklich Jahre hinter den Europäischen Standards und wir schauen, dass die Jahre weiter bleiben, dass wir weiterhin bei den Standards bleiben und dass alles beim Gleichen bleibt. Wir haben nichts aus der Geschichte gelernt, das ist sehr eigenartig, aber es ist zur Kenntnis zu nehmen (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Gratis gegen Feinstaub

GR. **Pacanda** stellt namens von Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat! Ich darf jetzt den Dank auch vorher gleich zurückspielen, ich habe gleich den Antrag mit Unterstützung der Grünen, den ich heute vorstellen darf zum Thema „Gratis gegen Feinstaub“. Ich werde die Details über die Geschichte der Feinstaubbelastungen, die wir in letzter Zeit gehabt haben, lassen, das hat die Andrea eh vorher sehr ausführlich erklärt, warum wir uns heute, Gott sei Dank, sehr intensiv mit dem Thema Feinstaub beschäftigen. Schmankerl vielleicht noch am Rande zur Information: Der eine oder andere, der sich gedacht hat, es ist so viel Feinstaub, ich würde gerne umsteigen und würde statt dem Auto vielleicht mehr in der Stadt gerne ein Fahrrad ausleihen, ist vielleicht vor dem geschlossenen Fahrradverleih der E-Mobility gestanden. Eben auch ein Grund, wo man sagt, das sollte vielleicht auch nicht sein, dass da bei Temperaturen weit über zehn Grad geschlossen sind. Ich möchte aber gleich zum Inhalt des Antrages kommen, der ja doch auch recht umfangreich ist. Und zwar geht es darum, dass die dementsprechenden Abteilungen der Stadt Graz inklusive mit den Unternehmungen der Stadt Graz gemeinsam diverseste Maßnahmen prüfen sollen, und erste der Maßnahmen wäre, also Punkt eins ist die Prüfung von verschiedenen Maßnahmen, die

ich jetzt aufzähle. Punkt eins wäre, Gratis-Öffis an Tagen, wo es zu Feinstaubbelastungen kommt, zu starken. Das Umweltamt soll dementsprechend schauen, was heißt das jetzt, ist das ab dem ersten Tag, ist das bei einer Prognose, ist das dann für drei Tage? Soll auch geprüft werden, was da die beste Variante wäre. Zusätzlich dazu soll geprüft werden und festgestellt werden, was bedeutet das eigentlich. Also welche zusätzliche Verkehrsbelastung für die Straßenbahnen und Busse bedeutet das, das heißt, wie viel mehr Straßenbahnen würden wir benötigen, brauchen wir mehr, wieviel mehr Personal, welche finanziellen Hintergründe hätte das, welche Kosten könnten da hier entstehen und mit wieviel Tagen wird man dann rechnen müssen. Wir haben die Erfahrung ja doch in der Vergangenheit schon gemacht, dass wir viele Überschreitungstage haben, das heißt, man könnte relativ gut abschätzen, welche Kosten hier entstehen könnten. Man müsste sich genauso natürlich anschauen und aufstellen, welche Linien müssten vielleicht ausgebaut werden, gibt es vielleicht spezielle Strecken, die stärker genutzt werden würden bei so einem Angebot, also welche Straßenbahn- und Busliniennetze müssten da verstärkt werden und dementsprechend müsste natürlich ein Beschaffungs- und Finanzierungsplan erstellt werden. Diese Ergebnisse sollten dann in einem Informationsbericht der nächsten Gemeinderatssitzung vorgelegt werden und den dementsprechenden vorberatenden Ausschüssen. Bus und Bim ist das eine, natürlich das gratis zu machen; der eine oder andere, der vielleicht in Paris war zu Feinstaubzeiten, hat es vielleicht bemerkt, man kann natürlich auch andere Fahrzeuge gratis machen und da ist uns eben aufgefallen, Fahrräder, warum nicht in dem Sinn die Leute auch zum Umsteigen zu bewegen und gratis die Bike-Sharing-Stationen der Stadt Graz nutzen zu können? Ich meine, sie müssten natürlich dazu offen sein, aber man könnte es dann dementsprechend nutzen und es wäre auch zu prüfen, wie das möglich wäre, E-Bikes-Fahrräder und E-Mofas gratis zu verleihen. Ein weiterer Punkt, Vergünstigung von E-Car-Sharing, wir haben in Graz viele verschiedene Möglichkeiten, Elektrofahrzeuge auszuleihen und da wäre natürlich auch einerseits zu prüfen, welche Anreize hier geschaffen werden könnten, ob Sondertarife möglich wären, das heißt,

kann man an feinstaubbelasteten Tagen Elektrofahrzeuge den Grazerinnen und Grazern günstiger zur Verfügung stellen. Natürlich jetzt abseits von den Unternehmungen der Stadt Graz kann man natürlich auch mit anderen Fahrzeugverleihern hier Kontakt aufnehmen und schauen, ob es hier Möglichkeiten gäbe, die Grazerinnen und Grazer zu unterstützen. Weiters wäre dann zu prüfen auch, über welche Kanäle dies am besten auch bekanntgegeben wird. Natürlich muss dann am Abend, am Vorabend bestenfalls, bekanntgegeben werden, ja ab morgen ist für drei Tage im Endeffekt Straßenbahn, Bus, Fahrräder und Elektrofahrzeuge vielleicht gratis. Und da hat es ja bereit 2006 hat es schon die Möglichkeit gegeben, da ist es damals über SMS hat das stattgefunden. Hier auch zu prüfen Radio, SMS, Social-Videos, Info-Screens, wie kann das am besten bekanntgegeben werden, damit alle darüber Bescheid wissen.

Und der zweite große Punkt, die zuständigen Stadträte werden ersucht, an die Landesregierung heranzutreten, um etwaige zusätzliche Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten, wie es eben schon 2006 einmal vom Land gegeben haben, eben auch auszuloten. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Lieber Kollege Pacanda! Es ist ein recht mutig anmutender Antrag, wenn ich das so sagen darf, auch aus finanzieller Sicht. Also ich glaube schon, dass man das durchaus abschätzen könnte und ich denke, ich kann das in einer halben Minute abschätzen, dass wir uns diese Gratis-Geschichte mit dem ÖV nur sehr schwer leisten werden können. Also wenn wir jetzt schon diskutieren, ob wir nicht die 20 Millionen für die Euro-3-Busse in irgendeiner Form aufbringen, obwohl wir vielleicht das Doppelte oder das Dreifache brauchen würden, das ist die Diskussion, die auch natürlich mit den Grünen geführt wurde oder werden wird, denke ich mir, dass also im ÖV das Geld nicht da sein wird, jetzt einmal prima Vista dir hier in den staubfreien Tagen, die hoffentlich nicht diese Größenordnung erreichen werden. Weil

wenn sie diese Größenordnung erreicht, die halt heuer auch leider wieder da ist, dann können wir sie umso weniger leisten, denn dann sind die Tage, die wir mit dem ÖV sozusagen gratis bewerkstelligen müssten, relativ große. Wir werden also aus diesem Grund, auch aus diesem finanziellen Korsett, das wir haben, dieser Dringlichkeit nicht zustimmen können (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Danke Philip, für den dringlichen Antrag, für die Vorstellung. Wir haben uns ja im Vorfeld dazu entschlossen, ihn aktiv mitzuunterstützen. Für uns ist erst, wie beim vorhergehenden von Kollegin Andrea Pavlovec-Meixner, wiederum sehr interessant. Man stellt fest, gewisse Maßnahmen könnten Geld kosten, können aufwendig sein, vielleicht auch arbeitsaufwendig, planungsaufwendig, organisationsintensiv und deswegen geht das irgendwie nicht. Was ist aber mit der Gesundheit, mit der Lebensqualität in dieser Stadt, was ist mit diesen Faktoren, geht das einfach so, dass wir das lassen, geht das einfach so, geht es so weiter, wie es bis jetzt ist? Hoffe nicht und würde mir wünschen, weil wenn die ÖVP hier noch einmal kurz nachdenken würde und überlegen würde, ob sie wirklich bei der Dringlichkeit nicht mitgehen kann. Ich habe mir das zum Beispiel anhand des Zweitheizungsverbot angeschaut, da sagt das Landesgesetzblatt dazu, dass bei Überschreitung 75 Mikrogramm pro Kubikmeter Feinstaub zumindest bei zwei Messstationen in Graz drei Tage lang überschritten wird und die Wetterprognose schlecht ist, dann wird das Zweitheizungsverbot erlassen. Wir haben jetzt vor kurzem das Theater erlebt, dass es zwar schlecht geblieben ist, aber das Zweitheizungsverbot nicht erlassen worden ist, aber das ist ein anderes Thema. Und wenn man das für die Gratis-ÖV-Tage machen würde, jetzt tun wir uns ein bisschen zurückerinnern, dann kommen wir vielleicht in zwei Jahren auf eine Phase mit zwei/drei Tagen, wo man das machen muss. Die organisatorische Aufwendung, dass man Busse bereitstellt, dass man Personal bereitstellt, dass man mit Unternehmen im Bus-Unternehmensbereich usw.

dahingehend Vorsorge trifft, das ist natürlich alles zu machen und gewisse Dinge, die wir selber im Ausbau unserer Infrastruktur zu machen hätten, sind auch zu machen. Aber dass man sich dagegen so verwehrt, also da bitteschön habe ich kein Verständnis und es tut mir wirklich tief ins Herz weh, dass man das alles mit der Budgetnotwendigkeit und finanziellen Nichtleistbarkeit wegwischt und die Gesundheit und die Lebensqualität von jungen, älteren, sozial schwächeren oder nicht sozial schwächeren Grazerinnen und Grazern einfach wegwischt (*Applaus Grüne*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist jetzt nicht der Fall, es zeichnet sich wieder eine breite Mehrheit für die Dringlichkeit ab, aber ich frage jetzt den Piraten, ob er ein Schlusswort zur Dringlichkeit einfordert?

GR. **Pacanda**: Echt, eine breite Mehrheit? Das habe ich noch gar nicht mitgekriegt. Aber ich hätte trotzdem gerne ein Schlusswort. Und zwar geht es um einen Punkt, den der Herr Kollege Topf vorher erwähnt hat, die finanziellen Auswirkungen, die finanziellen Kosten. Ich kann es jetzt nicht sofort berechnen, wie viel es ausmacht und wie es sich auswirkt, aber was ich auf jeden Fall sagen kann ist, wir haben von der EU einen blauen Brief bekommen und ich glaube, es ist einfach wirklich an der Zeit, etwas zu tun. Weil wenn wir weiterhin nichts tun, und das hat die EU auch in diesem blauen Brief nachher gesagt, dass keinerlei Maßnahmen getroffen worden sind, wäre das ein sehr interessantes Maßnahmenpaket, das geschnürt werden könnte und zu sagen, wir machen schon was, wir bemühen uns, wir haben uns angestrengt, wir haben was getan und das könnte uns möglicherweise den nächsten blauen Brief ersparen, deswegen würde ich mich freuen, wenn es eine breite Mehrheit findet (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.